

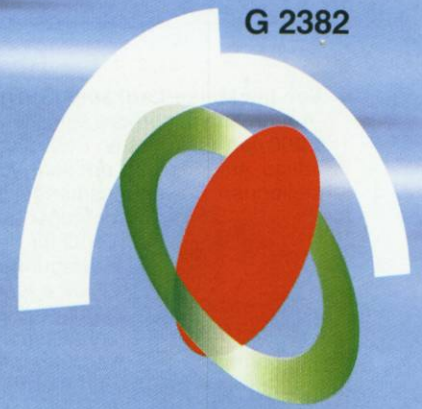
Nordrhein-Westfalen

# Landtag

## intern

# 6

G 2382



Informationen aus dem Landtag Nordrhein-Westfalen, 33. Jahrgang, 13. Wahlperiode, 16.5.2002



**Trauer und Angst** bewegte die Schülerinnen und Schüler, die am 7. Mai in einem Schweigemarsch zum Gedenken an die Opfer des Anschlags von Erfurt vom Düsseldorfer Rathaus zum Landtag gezogen waren. Dort übergaben sie Landtagspräsident Ulrich Schmidt ein Kondolenzbuch, in dem die Jungen und Mädchen ihre Gefühle nach der schrecklichen Tat in der thüringischen Hauptstadt zum Ausdruck gebracht haben. Dieses Buch lag eine Woche im Landtag aus. Mit Transparenten forderten die jungen Leute von der Joseph-Beuys-Gesamtschule, vom St. Ursula Berufskolleg und von anderen Düsseldorfer Schulen Politiker, Lehrer, Eltern und Schüler auf, alles zu tun, um Druck und Angst in Schulen und in der Gesellschaft abzubauen. Foto: Schälte

## Die Woche im Landtag

### Waffenrecht Seite 4

Über eine Verschärfung des Waffenrechts wird nach Erfurt auch in NRW nachgedacht. Parteienstreit soll vermieden werden.

### Landesmediengesetz Seite 5

Das Land will sein Rundfunkgesetz an das digitale Zeitalter anpassen. Über das von der Regierung vorgelegte Mediengesetz hat der Medienausschuss beraten.

### Frachtdrohnen Seite 7

Eine neue Idee für den Gütertransport unter den überfüllten Straßen des Reviers hat sich der Verkehrsausschuss vorstellen lassen.

### Organspende Seite 9

In NRW soll die Zahl der Organspenden erhöht werden. Noch liegt das Land in der Statistik auf einem der hintersten Ränge.

## Wort und Widerwort:

### Wie kann die Situation des Schulsports in NRW verbessert werden?

Im Kampf gegen die zu hohe Anzahl von Kindern mit Haltungsschäden und Bewegungsmangel wird dem Schulsport eine bedeutende Rolle zugeschrieben. Oft wird im Lande geklagt, dass zuviel Unterricht in diesem Fach ausfällt. Andere machen geltend, dass auch hier der Schule nicht allein die Verantwortung zugewiesen werden kann. Wie der Stellenwert des Schulsports gestärkt werden kann und ob er das einzige Mittel ist, um erkannte Defizite aufzuarbeiten, beschäftigt die Fraktionen in der Reihe Wort und Widerwort. (Seite 2)

**Von Ina Meise-Laukamp (SPD)**

„mens sana in corpore sano“ — dieses Ideal hat auch nach fast 2 000 Jahren nichts an Bedeutung verloren. Schulsport hat vielfältige Aufgaben zu erfüllen: Vorneweg, dem vermehrt festzustellenden Bewegungsmangel bei Kindern und Jugendlichen entgegenzuwirken. Er schafft dabei ein Ventil für den oft unterdrückten natürlichen Bewegungsdrang junger Menschen. Das ist eine wachsende Herausforderung. Zudem wird gerade im Bereich der Mannschaftssportarten die soziale und integrative Kompetenz der jungen Sportlerinnen und Sportler gestärkt.



Die Situation des Schulsports zu verbessern ist dabei keine zuvorderst quantitative Aufgabe. Zusätzlicher Sportunterricht in

der Schule kann die oben beschriebenen körperlichen Defizite der heranwachsenden Generation nicht kompensieren — Schulsport allein kann diese Aufgabe nicht erfüllen. Vielmehr müssen in enger Zusammenarbeit mit den Sportvereinen qualitative Verbesserungen erreicht werden. Schulsport kann Impulse geben, Interesse wecken für einzelne Sportarten. Sportlehrer können die Begabungen der Kinder und Jugendlichen erkennen und gezielte Empfehlungen für Vereinssportaktivitäten aussprechen. Und die im Schulsport vermittelten Sportarten müssen auf das Angebot der Vereine vor Ort abgestimmt werden, damit das einmal geweckte Interesse auch gestillt werden kann. Das Aktionsprogramm zur Förderung der Zusammenarbeit von Schulen und Sportvereinen in Nordrhein-Westfalen ist dafür ein guter Ansatz.

„Sport ist im Verein am schönsten“ heißt eine gelungene Kampagne des Deutschen Sportbundes. Der Schulsport muss das aufgreifen und Interesse wecken. Dann hat er einen wichtigen Teil seiner Aufgaben bereits erfüllt.

**Von Dr. Annemarie Schraps (CDU)**

Der Schulsport, der in offiziellen Schriften, Richtlinien und Lehrplänen beschrieben wird, ist ein anderer als der, der sich hinter unseren Schultoren und Sporthallentüren verbirgt. Untersuchungen zufolge beträgt beispielsweise die tatsächliche Bewegungszeit in einer Sportstunde für die meisten Kinder nur wenige Minuten. Die dritte wöchentliche Sportstunde findet an vielen unserer Schulen nach wie vor nur auf dem Papier statt, obwohl damit die Chancen sinken, als Austragungsort der olympischen Spiele benannt zu werden. Der Wunsch nach Verbesserung endet — wie so oft — im Ruf nach mehr ehrenamtlichem Engagement. Sportvereine sollen nach dem neuesten Aktionsprogramm der Landesregierung nun ihre Jugendarbeit noch mehr in Schulen verlegen, um dort ein tägliches Bewegungsangebot für alle Schüler zu garantieren. Vereine können aber nicht die Versäumnisse des Landes in der Pflichtaufgabe Schulsport ausbügeln. Das Ehrenamt ist durch Überreglementierung auf Grund neuer Gesetze an die Grenzen der Belastbarkeit gekommen. Wir brauchen grundlegende Veränderungen für den Sportunterricht.



Notwendig ist eine Revision der Sportlehrerausbildung, besonders für Grundschulen, sowie die Überarbeitung und Erfüllung von Lehrplänen. Sport darf nicht als Knautschzone der Stundentafel dienen. Es müssen dringend mehr Sportlehrer ausgebildet und eingestellt werden. Die Förderung sportlich begabter Schüler im Sportunterricht ist ebenso notwendig wie die Förderung bewegungsarmer Kinder. Talenten müssen mehr und bessere Elite-schulen des Sports in NRW zur Verfügung stehen. Olympia bietet eine große Chance, auch für unseren Schulsport. Diese Chance müssen wir nutzen.

**Wie kann die Situation des Schulsports in NRW verbessert werden?**

**Von Ingrid Pieper-von Heiden (FDP)**

Der Schulsport führt einen Dornröschenschlaf in NRW und bedarf dringend einer Aufwertung — auch, um der Bewerbung des Landes um Olympia 2012 mehr Erfolgsaussichten zu verschaffen. Viel wäre bereits erreicht, wenn die vorgesehene dritte Sportstunde



tatsächlich auch erteilt würde. Ein FDP-Antrag, der die Erteilung der dritten Wochenstunde Sport obligatorisch machen wollte, wurde jedoch von den Regierungsfractionen erst kürzlich im Plenum abgelehnt.

Derzeit finden in vielen Schulen und Klassen nicht einmal zwei Stunden Sport in der Woche statt.

Woran liegt das? Zum einen daran, dass die Hallenkapazitäten nicht ausreichen — in den letzten Jahren wurde der Förderstau bei den Bezirksregierungen immer länger. Zum anderen daran, dass es nicht genügend gut ausgebildete Sportlehrer gibt und dass Sportlehrer häufig mit ihrem zweiten Unterrichtsfach zur anderweitigen Unterrichtsversorgung in ihren Schulen herangezogen werden.

Hätte Rot-Grün nicht über Jahre dafür gesorgt, dass immer weniger Landesmittel für die Errichtung von Schulsportstätten zur Verfügung stehen, hätte die FDP ihre eigentliche Forderung, die sich an den tatsächlichen Notwendigkeiten orientiert, in ihrem Antrag formulieren können: nämlich vier Wochenstunden Sport an nordrhein-westfälischen Schulen.

Im Rahmen der Nachmittagsbetreuung an Schulen und verschiedener Programme wie „13 plus“ spricht sich die FDP für eine Intensivierung der Zusammenarbeit zwischen Schulen und Sportvereinen aus. Solche regelmäßigen Zusatzangebote dürfen aber nicht von der Verantwortung für einen regelten, ungekürzten Schulsport entbinden. Wie der Name schon sagt: es sind Zusatz- und keine Ersatzangebote.

**Von Ewald Groth (GRÜNE)**

Der Sportunterricht genießt eine hohe Aufmerksamkeit in Nordrhein-Westfalen. Wir begrüßen die verstärkten Bemühungen der Landesregierung, die Rahmenbedingungen für den Schulsport im Lande weiter zu verbessern. Dieses gilt für die Erteilung der dritten



Unterrichtsstunde, die in NRW obligatorisch und weitgehend auch Praxis ist. Aber auch für die Bereitstellung von ausreichend zur Verfügung stehenden Sportstätten für den Schulsport. Hier haben die Kommunen mit der Einführung der Schulpauschale eine wichtige Verantwortung übernommen. Die Auswirkungen für den Schulsport sind zu überprüfen.

Es ist gut, dass im Zusammenhang mit der Olympiabewerbung der Schulsport eine weitere Aufwertung erfährt. Dieses sollte genutzt werden, um bei allen Verantwortlichen, aber auch bei den Eltern ein besseres Klima für den Schulsport zu erzeugen. Es darf nicht sein, dass Lehrerausfall am ehesten zu Lasten des Sportunterrichtes ausgeglichen wird. Ziel muss es sein, dass der Sportunterricht nicht häufiger ausfällt als andere Fächer auch. Hier fordern wir die Landesregierung auf, stärker über die Schulaufsicht tätig zu werden.

Der Sport an unseren Schulen darf nicht auf die drei Unterrichtsstunden begrenzt sein. Wir setzen uns für tägliche Sport- und Bewegungsangebote an den Schulen ein und begrüßen das Aktionsprogramm zur Förderung der Zusammenarbeit von Schulen und Sportvereinen, dass am 2. Mai von Sportminister Dr. Michael Vesper vorgestellt wurde. Untersuchungen haben gezeigt, dass Schulsport dazu führt, dass die Leistungsfähigkeit für andere Fächer steigt und auch der Abbau von aggressiven Verhalten begünstigt wird.

## Landesregierung plant Rückzug aus Finanzierung Preußischer Kulturbesitz

*Angesichts der schwierigen finanziellen Situation werden in der Bundeshauptstadt Berlin und anderenorts Überlegungen angestellt, die Finanzierung der Stiftung Preußischer Kulturbesitz auf eine neue Basis zu stellen. Es gibt zum Beispiel einen Beschluss des Berliner Abgeordnetenhauses vom Februar dieses Jahres, dass Berlin dort zu entlasten sei, wo der Bund in der Bundeshauptstadt im kulturellen Bereich ausschließliche Kompetenzen hat, wozu auch die Stiftung Preußischer Kulturbesitz zählt. Der Hauptausschuss des Landtags debattierte unter dem Vorsitz von Edgar Moron (SPD) Anfang Mai über die Folgen einer neuen Finanzstruktur für Nordrhein-Westfalen, das nach dem geltenden Finanzierungsabkommen von 1992 knapp über fünf Millionen Euro zum Länderfestbetrag beiträgt.*

Der Leiter der Staatskanzlei, Staatssekretär Georg Wilhelm Adamowitsch, teilte dem Ausschuss mit, gegenwärtig werde die Fi-

nanzierung der Stiftung Preußischer Kulturbesitz in den Ländern und in Arbeitsgruppen der Ministerpräsidentenkonferenz mit

## Heinz Kühn: Den Staat menschlicher machen



*In Anwesenheit von Kühn-Nachfolger und Bundespräsident Johannes Rau (m.) und dem Kuratoriumsvorsitzenden der Heinz-Kühn-Stiftung, Ministerpräsident Wolfgang Clement (r.) stellte Landtagspräsident Ulrich Schmidt (l.) die soeben erschienene Biografie des früheren NRW-Ministerpräsidenten vor.*

Foto: Schälte

Das Leben und Wirken des „Kölner Patrioten und deutschen Europäers Heinz Kühn“ sollte möglichst vielen, auch jungen Menschen bekannt werden. Das war der Wunsch von Landtagspräsident Ulrich Schmidt anlässlich der Vorstellung der Biografie mit dem Titel „Heinz Kühn 1912 – 1992“, die der Autor Dr. Dieter Düding, Historiker und Professor an der Universität Köln, im Klartext-Verlag vorgelegt hat. Der Öffentlichkeit präsentiert wurde das Buch im Plenarsaal des Landtags; dabei waren neben Bundespräsident Johannes Rau, Ministerpräsident Wolfgang Clement auch die Witwe Kühns und ihr Sohn Hendrik sowie viele Mitstreiter und politische Weggefährten des früheren Ministerpräsidenten des Landes NRW.

Auf den 456 Seiten des Werks werde deutlich, dass Kühn wie kaum ein anderer mit seiner Persönlichkeit das Land geprägt habe. Er selbst, fuhr der Präsident fort, habe als junger Abgeordneter fünf Jahre im alten Ständehaus mit diesem „Parlamentarier durch und durch“ zusammenarbei-

ten dürfen. Das habe er als große persönliche Bereicherung empfunden, betonte Schmidt.

Der oberste Leitspruch des Kölner Politikers, der vor wenigen Wochen 90 Jahre alt geworden wäre, habe sich nach der Frage gerichtet: Wie vermenschlicht man Politik? Oder wie Heinz Kühn in einem Interview einmal selbst formuliert habe: „Wie bringt man es vorwärts, dass die Menschen ein bisschen mehr in Würde und Freiheit leben können?“ So habe der Politiker Kühn in die Reihe derer gepasst, die Politik treiben, „um Wandel zu schaffen, auf dass Idee und Wirklichkeit des Menschen sich decken können“, wie es Carlo Schmid einmal gesagt habe. Der Landtagspräsident hob zur Biografie hervor, sie beschränke sich nicht nur auf 24 Jahre Arbeit im Ständehaus und Kühns zwölfjährige Amtszeit als Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen, das Buch lasse dankenswerterweise alle Lebensstationen dieses herausragenden „Homo politicus“ nachvollziehen.

dem Bund diskutiert. Am 16. Mai werde das Thema auf der nächsten Sitzung der Chefs der Staats- und Senatskanzleien wieder auf der Tagesordnung stehen: „Ich bin zuversichtlich, dass wir zu einer einvernehmlichen, für alle Länder und den Bund – und natürlich für die Kultur – guten Lösung kommen werden.“

Der Staatssekretär betonte im Ausschuss, die Berliner Überlegungen gingen nicht auf Sonderwünsche zurück, sondern stünden in einem größeren Zusammenhang. Der bestehe darin, dass sich die Regierungschefs von Bund und Ländern um eine Neuordnung der Kompetenzen im Bundesstaat und um eine Entflechtung der Mischfinanzierungstatbestände bemühten. Ziel (auch von Nordrhein-Westfalen) sei dabei, mehr Transparenz zu schaffen, die Verantwortlichkeiten klarer zu regeln, den Länderparlamenten wieder mehr eigenen Spielraum für eigene Entscheidungen einzuräumen und die Verantwortungsebenen zwischen Bund und Ländern zu trennen. Die nordrhein-westfälische Landesregierung sei der Auffassung, der Bund sollte im Bereich Preußischer Kulturbesitz die Gesamtverantwortung und damit auch das finanzielle Engagement übernehmen. Die frei werdenden 5,3 Millionen Euro wolle NRW nicht in die Haushaltssanierung stecken, sondern dem Kulturerbe zuführen, erklärte Adamowitsch.

## Millionenprojekte

Werner Jostmeier (CDU) machte auf die in Berlin anstehenden Millionenprojekte aufmerksam. Hier gebe es große Probleme zu lösen. Da könne man nicht immer darauf verweisen, dass es zunächst einer neuen Gesamtregelung der föderalen Zuständigkeiten bedürfe, wenn man zumindest vorläufig zu keiner Detailregelung, etwa für den Kulturbereich, komme. Im konkreten Fall würde sich das zum Nachteil der Stiftung auswirken, erklärte der Abgeordnete.

Sie sehe sich nach dem Bericht nicht in der Lage, eine abschließende Position zum Problemkreis einzunehmen, urteilte Marianne Thomann-Stahl (FDP). Darum sollte das Thema in absehbarer Zeit wieder auf die Tagesordnung gesetzt werden.

## Verlässlichkeit

Ausschussvorsitzender Edgar Moron (SPD) erinnerte daran, dass der Ausschuss vor kurzem noch intensiven Kontakt mit der Stiftung gehabt habe. Der Landtag habe sich dafür eingesetzt, dass die Stiftung erhalten bleibe. Jetzt stelle sich für ihn die Frage, ob NRW gegenüber der Stiftung ein verlässlicher Finanzierungspartner bleibe.

Der derzeitige Finanzierungsvertrag laufe bis 2004, stellte Ilse Brusis (SPD) fest. Danach müsse ohnehin zwischen Ländern und Bund neu verhandelt werden. Sie gehe davon aus, dass über die Stiftung erst dann wieder debattiert werden sollte, wenn das Gesamtpaket der gegenwärtig laufenden Verhandlungen auf dem Tisch liege. Dem Land könne nicht gleichgültig sein, was aus der Stiftung werde; es handele sich um ein wichtiges kulturelles Erbe, für das Nordrhein-Westfalen eine besondere Verantwortung trage, „weil Preußen auch wichtiges Kulturgut in Nordrhein-Westfalen hinterlassen hat“.

# Innenminister: „Nordrhein-Westfalen ist kein Zentrum des Terrorismus“

## Verfassungsschutz beginnt arabisch sprechende Mitarbeiter anzuwerben

*In der Sitzung des Ausschusses für Innere Verwaltung und Verwaltungsstrukturreform unter Leitung des Vorsitzenden Klaus Stallmann (CDU) Anfang Mai wurde eine an die Landesregierung gerichtete aktuelle Frage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN — „Brauchen wir eine weitere Verschärfung des Waffengesetzes?“ — durch den Innenminister beantwortet.*

Dr. Fritz Behrens (SPD) bejahte die Frage: „Um Ereignisse wie das in Erfurt am 26. April in Zukunft unwahrscheinlicher zu machen, könnte das Gesetz an einigen Stellen verschärft werden.“ Die Innenminister hätten sich darauf verständigt, im Bundesrat am 31. Mai die Anrufung des Vermittlungsausschusses zu beantragen und die Innenressorts aller Bundesländer einzubeziehen. Es gehe nicht um eine grundlegende

Veränderung des vom Bundestag bereits beschlossenen Gesetzes. Dieses solle auf jeden Fall noch vor der Bundestagswahl in Kraft treten, aber mit Änderungen, über die sich am 6. Mai die Staatssekretäre der Innenressorts von Bund und Ländern in einem Vorgespräch verständigen sollten. Die Sprecherin der die Frage stellenden Fraktion, Monika Düker (GRÜNE), unterstützte die Erwägung, die Altersgrenze zum Erwerb bestimmter Waffen zu erhöhen und über den Ort der Lagerung von Waffen der Sportschützen nachzudenken. Sie sei irritiert darüber, dass die vom Erfurter Täter benutzten Waffen in dessen Sportverein überhaupt nie gebraucht wurden. Theo Kruse, innenpolitischer Sprecher der CDU-Fraktion, begrüßte die Vorgehensweise der Innenressorts. Parteienstreit sei in dieser Frage auf jeden Fall zu vermeiden. Für eine zielgerichtete Diskussion in den Parlamenten ohne Worthülsen sprach sich Jürgen Jentsch (SPD) aus. Horst Engel (FDP) wollte von einer Stellung-

nahme absehen, dies gebiete der Respekt vor der Trauer der Angehörigen der Opfer in Erfurt. Aus diesem Grunde beantragte er auch, die für die gleiche Sitzung vorgesehene Diskussion zum Antrag der FDP-Fraktion „Ein klares Nein zum Entwurf der Waffengesetznovelle“ (Drs. 13/2438) zu vertagen. In einer sich anschließenden Aktuelle Viertelstunde berichtete Dr. Fritz Behrens auf Antrag der CDU-Landtagsfraktion über die Festnahme von Mitgliedern der Terrororganisation Al Tawhid. Er werde noch heute das Parlamentarische Kontrollgremium des Landtags detailliert unterrichten, was in öffentlicher Sitzung des Ausschusses für Innere Verwaltung und Verwaltungsstrukturreform nicht angebracht sei, denn nur ein hoher Geheimhaltungsgrad garantiere Ermittlungserfolge. Al Tawhid sei eine ideologisch religiöse Vereinigung Gleichgesinnter mit dem Ziel der weltweiten Förderung eines fundamentalistischen Islamismus. Er stelle fest:

### Anschlagsvorbereitungen

„Es besteht kein Zusammenhang zwischen der Festnahme einiger Mitglieder dieser Organisation und dem Anschlag auf deutsche Touristen in Tunesien (Insel Djerba).“ Die Schlussfolgerung, NRW sei ein Zentrum des terroristischen Islamismus, sei falsch. Ausgangspunkt der Festnahmen am 23. April (19 bundesweit, davon sieben in NRW) sei ein Ermittlungsverfahren des Generalbundesanwalts, der davon ausgeht, dass die Zelle mit der Vorbereitung von terroristischen Anschlägen begonnen hatte. Auf Nachfrage der innenpolitischen Sprecher Theo Kruse (CDU) und Horst Engel (FDP) fügte der Innenminister hinzu, nicht alle Erkenntnisse der Behörden fänden auch Niederschlag im jährlichen Verfassungsschutzbericht. Die anlässlich der Diskussion der Berichte über den Verfassungsschutz Nordrhein-Westfalen bekundete Absicht, der arabischen Sprache mächtige Mitarbeiter gewinnen zu wollen, habe sich konkretisiert, erste Einstellungen wären bereits erfolgt. *Wolfgang Fröhlecke*

*Der innenpolitische Sprecher der FDP, Horst Engel (Bild), beantragte in der Ausschusssitzung, die Beratung des von seiner Fraktion vorgelegten Antrags zum Waffengesetz auszusetzen und auf die Tagesordnung einer der nächsten Sitzungen zu setzen.*

Foto: Schälte



## FDP: Auch ein verschärftes Waffengesetz würde keinen Schutz gewähren

*In ihrem Antrag vom 20. März 2002 (Drs. 13/2438) fordert die FDP-Fraktion die Landesregierung auf, im Bundesrat gegen die Novellierung des Waffengesetzes zu stimmen. In der Begründung formulieren die Unterzeichnerinnen und Unterzeichner des Antrags unter anderem so (Auszüge):*

„Bundesweit gibt es ca. vier Millionen zuverlässige Jäger, Sportschützen, Reservisten, Forscher und Sammler, die im Rahmen geltenden Rechts und staatlich überprüft ganz legal Waffen unterschiedlichster Art besitzen. Sie verfügen über waffenrechtliche Erlaubnisse für ca. zehn Millionen Waffen und sind in Vereinen und Verbänden organisiert.“

„Der Anteil an legalen Waffen bei Straftaten ist sehr gering. Bezogen auf alle im Jahr 2000 registrierten Straftaten wurden nur in 0,013 Prozent aller Fälle legale Schusswaffen verwendet. Von zehn Millionen in legalem Besitz befindlichen Waffen spielen nur 50 bei Straftaten eine Rolle und dies meist bei in der Praxis kaum zu verhin-

dernden ‚Beziehungstaten‘. Die Zahl abhanden gekommener, legal erworbener Waffen ist gering. Im Jahr 2001 gingen durch Diebstahl 48 Sportwaffen, 57 Jagdwaffen und fünf Sammlerwaffen verloren. Der private Waffenbesitz ist damit aus polizeilicher Sicht überhaupt nicht das Problem.“

„Daraus wird deutlich, dass der legale Waffenbesitz nur in verschwindend geringem Maß ein Sicherheitsproblem darstellt. Die Novelle wirft mit ihrem Generalverdacht gegenüber allen Waffenbesitzern und ihrer bürokratischen Gängelung in vielen Detailfragen die berechtigte Frage nach der Verhältnismäßigkeit eines solchen gesetzgeberischen Eingriffs auf.“

„In der konkreten Ausgestaltung des Gesetzesentwurfs ist insbesondere der beabsichtigte Eingriff in Grundrechte aus verfassungsrechtlicher Sicht nicht hinnehmbar. Eine unzulässige Beeinträchtigung des Eigentumsrechts ist in der geplanten zeitlichen Beschränkung des ‚Rechts auf Waffenhaltung‘ zu sehen. Die lebenslang wiederkehrende Bedürfnisprüfung — auch

für bereits erworbene Waffen — bedeutet eine inakzeptable Verletzung des Bestandsschutzes.“

„Zusammenfassend ist festzustellen, dass die legale Nutzung und auch das kulturhistorisch bedeutsame Sammeln von Waffen in einer Weise reglementiert werden soll, die in einem völligen Missverhältnis zu einem angeblichen Sicherheitsgewinn steht. Für die seltenen Fälle, in denen legaler Waffenbesitz mitursächlich für spätere kriminelle Handlungen wird, bietet auch eine Verschärfung des Waffengesetzes für alle keinen Schutz. Wie in den meisten anderen Bereichen der inneren Sicherheit lässt sich auch hier kein Gesetzesdefizit, sondern allenfalls ein Gesetzesvollzugsdefizit feststellen. Statt permanenter Überprüfung und intensiver Durchleuchtung der Persönlichkeit aller Waffenbesitzer wäre es wichtiger, dass sich das mit dem Waffenrecht beschäftigte Behördenpersonal intensiv um die wenigen Fälle kümmern kann, in denen konkrete Zweifel an der Zuverlässigkeit von Waffenbesitzern und Antragstellern bestehen.“

# Landesmediengesetz auf dem Prüfstand der Ausschussanhörung

*Der Medienausschuss des Landtages hat unter dem Vorsitz von Claudia Nell-Paul (SPD) am 6. Mai eine Anhörung zum Gesetzentwurf für ein „Landesmediengesetz NRW“ (Drucksache 13/2368, LMG) durchgeführt. Etwa 70 Sachverständige waren um ihre Meinung gebeten worden.*

Im ersten Themenbereich Zulassung und Programm bemerkte Professor Dr. Erika Book-Rosenthal (Landesrektorenkonferenz), in Paragraph 5 des Gesetzentwurfs müsse eingefügt werden, dass Antragsteller, die Rundfunk veranstalten wollten, wirtschaftlich und organisatorisch in der Lage sein müssten, eine Rundfunkveranstaltung antragsgemäß durchzuführen. In Paragraph 31 sollte der alte Paragraph 13(3) des Landesrundfunkgesetzes „dringend wieder zugefügt werden“. Auch Teile des Paragraphen 11 Landesrundfunkgesetzes (LRG) sollten in den neuen Paragraphen aufgenommen werden.

Prof. Dr. Martin Stock (Universität Bielefeld) betonte, nach dem Verfassungsrecht könne man nicht beliebig deregulieren. Der alte gesetzliche Programmauftrag müsse beibehalten werden. Paragraph 33(3) sei ein „Minimum dessen, was man verfassungsrechtlich machen sollte“. Ulrike Kaiser (Deutscher Journalistenverband) machte deutlich, Rundfunk sei keine Ware wie jede andere, sondern sie habe „dienende“ Funktion. Voraussetzungen seien journalistische Unabhängigkeit und Meinungsfreiheit. Der Rundfunk müsse auf Basis eines Programmauftrags arbeiten. Dr. Norbert Schneider (Landesanstalt für Rundfunk NRW, LfR) meinte, die Lizenz sei nicht mehr das Nadelöhr zur Veranstaltung von Rundfunk. Die LfR könne mit dem Gesetzentwurf leben; sie gehe gestärkt daraus hervor. Bei der Zuweisung von Kabelkapazitäten sehe er keinen Änderungsbedarf.

## Deregulierung

Dr. Udo Becker (Verband der Betriebsgesellschaften NRW) stimmte der vorgeschlagenen Streichung des Paragraphen 33(4) zu, denn die Regulierung gehe in NRW zu weit. Dr. Nicola Hirsch (Deutscher Gewerkschaftsbund DGB) hielt den Entwurf für verfassungsrechtlich nicht ausreichend. Die Medien hätten eine Leitfunktion. Grob zugespielt könne man sagen, die Jugend sei für öffentlich-rechtlichen Rundfunk nicht zugänglich. Durch das „Führerscheinmodell“ entfallende die bislang vorgenommene Überprüfung der Lizenzbewerber.

Ernst Elitz (DeutschlandRadio) meinte, die Zuordnung von Übertragungskapazitäten sei sehr wichtig. Das DLR sei neben WDR und Privaten die dritte Säule im Medienstandort NRW. Anders als in vielen Rundfunkgesetzen anderer Bundesländer würden in NRW die einzelnen öffentlich-rechtlichen Bedarfsträger nicht namentlich genannt. Er würde ihre namentliche Nennung im Gesetz begrüßen. Jürgen Doetz (Verband Privater Rundfunk und Telekommunikation) sagte, ohne den Blick auf die technische Welt könne heute kein Gesetz mehr beschlossen werden. Der Wert terrestrischer Frequenzen werde weit überschätzt.

Dr. Mechthild Winkelmann (Verbraucherzentrale NRW) wandte sich gegen rein formale Zulassungskriterien. Die Qualitätsstandards für Vollprogramme, wie sie bisher in Paragraph 11 LRG festgelegt seien, müssten auch im neuen Gesetz „festgeklopft“ werden. Auch künftig müssten die Zulassungskriterien verpflichtend festgelegt sein. Horst Röper (FORMAT-Instytut) hielt eine Beschränkung der Zeitungsverlage für notwendig, weil sie bisher „schon gut bedient“ worden seien.

Der zweite Themenblock beschäftigte sich mit der Landesanstalt für Medien. LfR-Sprecher Wolfgang Hahn-Cremer betonte, die Rundfunkkommission habe eine vernünftige Arbeit geleistet. Die Kriterien, warum der eine oder andere aus der Rundfunkkommission herausgenommen werde, müssten klar sein. Ralf Wölk (DGB) sagte, die Reduzierung der Mitgliederzahl der Landesmedienkommission auf 19 bis 21 sei für ihn nicht plausibel. Auf die Landesanstalt für Medien (LfM) komme eine Vielzahl von Aufgaben zu, daher sei eine Reduzierung nicht tragbar. Für ihn sei es auch nicht nachvollziehbar, warum bei einer Verkleinerung der Landesmedienkommission gleichzeitig zwei zusätzliche Gremien (Medienversammlung und Medienrat) hinzukämen.

Karl-Wolfgang Brandt (Evangelisches Büro NRW) betonte, das Kriterium der Staatsferne sei ihm sehr wichtig. Die Kirchen legten Wert auf eine angemessene Vertretung in der Medienkommission. Ähnlich äußerte sich Dr. Karl-Heinz Vogt (Katholisches Büro NRW), wobei er ergänzte, die Vielfalt der gesellschaftlichen Gruppen in der Kommission habe sich bewährt. Die alte Größenordnung wäre besser beibehalten worden.

In der Frage von Mediennutzung und Medienkompetenz würde es Wolfgang Hahn-Cremer begrüßen, wenn die gegenwärtige Regelung wieder übernommen würde. Momentan funktioniere das Zwei-Säulen-Modell. Dr. Gernot Gerke (Europäisches Zentrum für Medienkompetenz) meinte, in Hinblick auf die Medienkompetenz spielten die Bürgermedien – neben anderen Medien – eine wichtige Rolle. Dr. Bettina Lenzian (Landesverband Bürgerfunk NRW) führte aus, die Sendezeit des Bürgerfunks dürfe nicht begrenzt werden, er solle keinesfalls hinter das jetzige Maß an Sendezeit zurückfallen. Er sei

angewiesen auf eine gesetzliche Absicherung zur Sendezeit und Sendedauer. Darüber hinaus müsse er integraler Bestandteil des Lokalfunks bleiben, dafür müsse das Gesetz sorgen.

Prof. Dr. Gerd Kopper (Universität Dortmund) hielt es nicht für Aufgabe des Staates, Qualitätssiegel zu vergeben. Dagegen sei es zwingendes Verfassungsrecht, dass der Staat sich aus allen Einflussmöglichkeiten bei den Medien herauszuhalten habe. Eine Qualitätsbeurteilung könne nur Aufgabe vollkommen vom Staat unabhängiger Einrichtungen sein. Rechtsanwalt Dr. Michael Rath-Glawatz meinte, die Mitglieder der Medienversammlung müssten bereits Medienkompetenz besitzen.

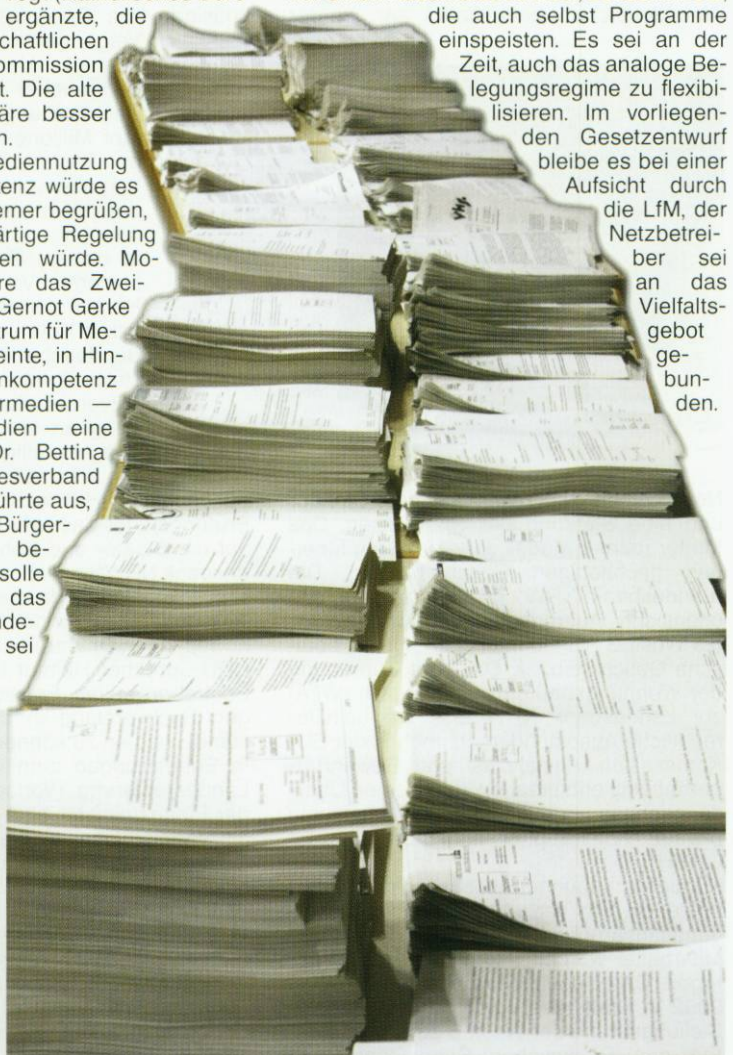
Bei der Kabelbelegung wünschte der LfR-Sprecher, es bei der bisherigen Belegungskompetenz der LfR zu belassen. Die Aufteilung zwischen zukünftiger LfM und den Kabelnetzbetreibern bringe Probleme mit sich und erscheine kaum umsetzbar. Henning Schnepfer (ISH GmbH) sagte, in anderen Bundesländern gebe es schon „modernere“ Regelungen als sie jetzt in NRW vorgesehen seien.

Die Kabelnetzbetreiber seien strukturell nicht in der Lage, die Auswahlkriterien, die der Gesetzentwurf vorsehe, anzuwenden. Die Kabelnetze könnten ausgebaut werden, damit man mehr auf dem Kabel machen könne, auch individuelle Kommunikation. Dr. Peter Charisse (ANGA Verband privater Kabelnetzbetreiber) betonte, es gebe nicht nur einen Kabelnetzbetreiber, sondern viele,

die auch selbst Programme einspeisten. Es sei an der Zeit, auch das analoge Belegungsregime zu flexibilisieren. Im vorliegenden Gesetzentwurf bleibe es bei einer Aufsicht durch die LfM, der Netzbetreiber sei an das Vielfaltsgebot gebunden.

*Zuschriften über Zuschriften – die große Zahl der zur Medienanhörung eingeladenen Expertinnen und Experten spiegelte die Menge der schriftlich vorgelegten Stellungnahmen wider.*

Foto: Schälte



## Mutter-Tochter-Modell für WestLB mit EU-Beihilferegeln vereinbar

*Der Haushalts- und Finanzausschuss führte am 2. Mai ein Expertengespräch zum Gesetz zur Neuregelung der Rechtsverhältnisse der öffentlich-rechtlichen Kreditinstitute in NRW (Drs. 13/2124) durch. In der vorausgehenden Ausschusssitzung äußerten Abgeordnete aller Fraktionen erheblichen Unmut über die nicht dem neuesten Stand entsprechende Informationsgrundlage des Ausschusses. Finanzminister Peer Steinbrück (SPD) erklärte dazu, die neue Rechtslage solle für die Sparkassen aller Länder gelten, und der Abstimmungsprozess der Länderfinanzministerien sei noch im Gange.*

Für die Generaldirektion Wettbewerb der Brüsseler EU-Kommission trugen Ronald Feltkamp und Stefan Moser einen Formulierungsvorschlag für die Gesetzesänderung vor und zeigten sich erstaunt, dass der Gesetzentwurf noch nicht an die Vereinbarungen mit der EU angepasst worden sei. Ihnen wurde von Ausschussvorsitzendem Volmar Klein (CDU) erläutert, dass die Änderung des Regierungsentwurfs nach Einbringung im Landtag nur durch das Parlament und nicht durch die Landesregierung erfolgen könne.

Vorstandsvorsitzender Jürgen Sengera (Westdeutsche Landesbank) sah in der



Vertraten die Position der Generaldirektion Wettbewerb der Europäischen Kommission im Ausschuss: Ronald Feltkamp (l.) und Stefan Moser (r.).

Foto: Schätle

Neuregelung eine zukunftssichere Struktur und eine Stärkung der Sparkassen. Das Mutter-Tochter-Modell ebne den Weg für einen nachhaltigen Geschäftserfolg. Die „Landesbank NRW“ (Mutter) sei auf das öffentliche Auftragsgeschäft ausgerichtet, die WestLB AG (Tochter) auf eine europäische Geschäftsbank. Die klare Zuordnung der Wohnungsbauförderungsanstalt (WFA) zur Landesbank NRW löse die beihilfe-rechtliche Auseinandersetzung mit der EU-Kommission. Anstaltslast und Gewährträgerhaftung entsprächen nach einer Übergangsphase ab Juli 2005 der Beziehung privater Anteilseigner zu einer AG oder GmbH.

Kundenbeziehungen blieben unverändert bestehen. Die Vertretung und die Versorgungsansprüche der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter würden intern nachteilfrei geregelt. Das Gesetz müsse zum 1. August 2002 in Kraft treten, war der schriftlichen Stellungnahme der WestLB zu entnehmen. Für den Rheinischen Sparkassen- und

Giroverband begrüßte dessen Präsident Dr. Karlheinz Bentele auch im Namen des Westfälischen Verbands sowie der kommunalen Spitzenverbände den Gesetzentwurf und sagte, hinsichtlich der Landesbausparkasse müssten die Änderungen noch angepasst werden. Er schlug vor, auch (hauptamtliche) Hauptverwaltungsbeamte sollten dem Verwaltungsrat angehören können. Bei Sparkassenfusionen sollten die kommunalen Spitzenverbände angehört werden.

In der Stellungnahme des Westfälisch-Lippischen Sparkassen- und Giroverbands wird die Zuordnung der Sparkassenzentralbankfunktion zur WestLB AG für sinnvoll gehalten, auch im Hinblick auf die Finanzversorgung des Mittelstands. In Westfalen-Lippe seien Sparkassen wichtigste Kreditgeber für mittständische Unternehmen. Auch bei der Vermittlung von Förderkrediten und bei Existenzgründungen seien die Sparkassen Marktführer. Als Ausweis der regionalen Bedeutung wird deren Risikokapitalbereitstellung und die Stiftungsprofessuren zu Gründung und Unternehmensnachfolge betont.

### Schuldnerberatung

Heiko Neumann (Schuldnerberatung NRW) kritisierte, die Sparkassen hätten in der Vergangenheit nicht zur Zufriedenheit der (verschuldeten) Verbraucher gearbeitet. Die Bereitstellung von (bisher) fünf Millionen Mark auf freiwilliger Basis entspreche nicht der Vorgabe von etwa vier Prozent der mitverursachten Überschuldungen.

In diesem Zusammenhang appellierte Vorstandsvorsitzender Hans-Peter Krämer (KreisSparkasse Köln) an den Landtag, auf Bundesebene eine Initiative zu starten, wonach alle sonstigen Mitverursacher von Überschuldung an der „Schadensbeseitigung“ beteiligt werden sollten.

Die Präsidentin des Landesrechnungshofs (LRH) Ute Scholle teilte mit, das Prüfungsrecht des LRH werde sich künftig auf die Staats- und Kommunalbank („Landesbank NRW“) beschränken. Als deren designierten Vorstandsvorsitzenden begrüßte Ausschussvorsitzender Klein den ebenfalls anwesenden Dr. Bernd Lühjke.

CDU-Sprecher Helmut Diegel äußerte das Bestreben seiner Fraktion, auch auswärtigen Sachverständigen in die Sparkassenvorstände wählen zu können.

In Erläuterungen zum Gesetzentwurf der Landesregierung (Vorlage 13/1292) lehnt der Finanzminister eine „Bürgersparkasse“ als Vermischung mit genossenschaftlichen Elementen ab. Finanzstarke Bürger könnten mit Beteiligungen ihre Vorstellungen sogar gegen den Willen der übrigen gewählten Verwaltungsratsmitglieder durchsetzen. Die unbestimmten Rechtsbegriffe bei Fusionen: „wirtschaftliche“, „nahe räumliche“ Verbindung und „zweckmäßig“ begründete er mit der Notwendigkeit, starre Grenzen zu vermeiden.

## Ersatzkantine für Landesbedienstete an Völklinger Straße

*Dem Unterausschuss „Landesbetriebe und Sondervermögen“ des Haushaltsausschusses berichtete in der von Günter Garbrecht (SPD) geleiteten Sitzung am 11. April Abteilungsleiter Rolf Krähmer (Finanzministerium) über die geplanten Baumaßnahmen des Bau- und Liegenschaftsbetriebs (BLB) für die Unterbringung von obersten Landesbehörden.*

Bereits im Haushaltsjahr 2002 könnten die Mietbudgets der Ministerien für Neubauten zur kostenneutralen Unterbringung von Landesbehörden genutzt werden. Aus Brandschutzgründen müssten die beiden Hochhäuser an der Völklinger Straße in Düsseldorf dringend renoviert werden. Auf dem Gelände habe der BLB einen Neubau als Ersatzunterbringung konzipiert, der ebenso viel kosten werde wie die Renovierungen. Für den Neubau müsse die Kantine weichen. Als Zwischenlösung gebe es ab Oktober 2002 eine Ersatzkantine. Das gesamte Gelände enthalte „weiteres Entwicklungspotential“. Die Planung müsse mit der Stadt Düsseldorf abgestimmt werden. Auf eine Frage von Norbert Post (CDU) bezifferte er die Kosten für die Ersatzkantine auf knapp 300 000 Euro, ebensoviel, wie für die Miete aufgebracht werde.

### Weitere Pläne für Regierungsviertel

Seit vielen Jahren sei Wunsch von Landtag und Landesregierung, alle Ministerien im „Regierungsviertel“ beim Landtag zu konzentrieren. Noch nicht dort angesiedelt seien das Umwelt-, das Finanz- und das Justizministerium. Der Mietvertrag für das Umweltministerium über 2,3 Millionen Euro (Jahresmiete) laufe Ende 2003 aus. Der so genannte „Turm“-Neubau neben dem Innenministerium könne damit nicht finanziert werden. Nach dem 11. September 2001 gebe es von dort übrigens Bedenken gegen ein Hochhaus. Das Umweltministerium könne sich auch auf dem Markt nach einem Investor umsehen.

Ein Atrium-Anbau am Innenministerium zur Unterbringung des Bauministeriums, das sich zurzeit an der Elisabethstraße befindet, könne für 2,49 Millionen Euro errichtet werden. Der BLB-Verwaltungsrat habe die Planung im Dezember genehmigt. Der Wert des Gebäudes an der Elisabethstraße werde hoch veranschlagt. Über Verkauf oder Vermietung entscheide der BLB in den nächsten zwei Jahren.

Die Eröffnungsbilanz des BLB sei aufgestellt, antwortete Krähmer auf eine Frage von Michael Breuer (CDU), und für die Aktivseite sei das Testat auch zugesagt worden. Der Unterausschuss wird sich in seiner nächsten Sitzung am 20. Juni damit befassen.



Eine Frachtdrohne wird beladen: Jeweils zwei Europaletten passen hinein. Der elektrische Vortrieb erfolgt über Drehstrommotoren mit einer Spannung von 500 Volt. Führerlos sucht sich anschließend die Drohne selbstständig den Weg

zum vorgegebenen Bestimmungsort zwischen Duisburg und Dortmund – wenn die Pläne verwirklicht werden.

## Röhren für Gütertransport unter der Erde sollen die Flut der Lastwagen eindämmen

Frachtdrohnen des Projekts CargoCap steuern im Tunnel ihr Ziel an

Im Verkehrsausschuss berichtete am 18. April Professor Dr.-Ing. Dietrich Stein (Ruhr-Universität Bochum) zum Verbundforschungsvorhaben „CargoCap“. Bei Verwirklichung des Projekts würden zum Transport von Gütern, „die durch die Wohnungstür passen“, auf der Strecke Dortmund – Essen – Duisburg sechs Meter unter der Erdoberfläche Doppelröhren gelegt, in denen automatisch gesteuerte Transportbehälter allerlei Pakete befördern. Das System, das auf Antrag der FDP vorgestellt wurde (Drs. 13/1866), soll vor allem den Güterverkehr auf der Straße entlasten, und zwar nach Auskunft von Professor Dr. Paul Klemmer um bis zu zwölf Prozent.

Peter Eichenseher (GRÜNE) sprach sich für schnellstmöglichen Bau einer Teststrecke aus. Auf seine Frage, warum der Förderantrag für das Pilotprojekt so zögerlich bearbeitet werde, antwortete Verkehrsminister Ernst Schwanhold (SPD), das Land habe am 5.

April bei der Projekt Ruhr GmbH eine Wirtschaftlichkeitsstudie in Auftrag gegeben. Das Durchleitungsrecht sei in der mit einem Preis ausgezeichneten Promotion des ebenfalls anwesenden Dr. Michael Kersting nicht berücksichtigt worden, die ansonsten die

Wirtschaftlichkeit zum Thema habe, erfuhr Gerhard Wirth (SPD). Die Modellstrecke werde oberirdisch verlaufen und daher im Maßstab 2:1 angelegt, sagte Professor Dr.-Ing. Gerhard Wagner nach einer Frage von Minister Schwanhold. Automobilwerke, Flughäfen, Großmärkte, Kaufhäuser kämen als Interessenten und Investoren in Frage, antwortete Professor Stein auf eine Frage von Gerhard Wächter (CDU), nachdem die Kosten für 80 Kilometer auf 500 Millionen Euro beziffert worden waren. Die Trassen sollten möglichst auf öffentlichem Grund verlaufen, da es dann keine Schwierigkeiten mit Genehmigungen gebe. Eine Baugenehmigung sei nicht nötig. Konflikte, etwa mit Anwohnern oder Umweltschützern, seien nicht zu erwarten, da der Rohrvortrieb grabungslos erfolge und das Projekt unterirdisch verlaufe. Für den Abschluss des Forschungsvorhabens werde eine Million Euro benötigt. Im Namen des Verkehrsausschusses äußerte Vorsitzender Manfred Hemmer (SPD) wohlwollendes Interesse an dem Vorhaben und an weiterem Gespräch.

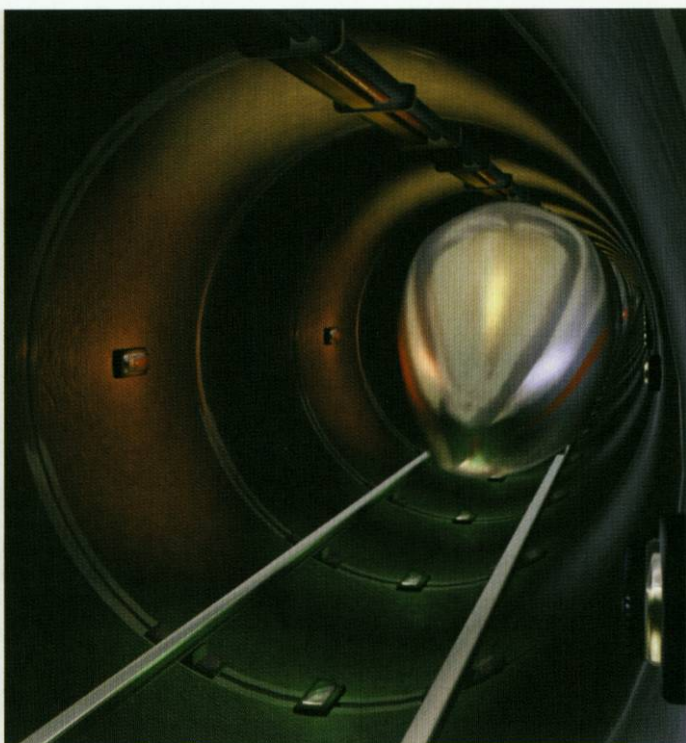
## „Lösung kann nur noch unkonventionell sein“

„Im Verkehrsbericht 2000 des Bundesverkehrsministeriums wird für das Bundesgebiet im Güterverkehr bis 2015 mit einem Wachstum von 64,1 Prozent gerechnet, und die Güterverkehrsleistungen sollen sich von 371 Milliarden Tonnenkilometer auf 608 Milliarden tkm erhöhen.“

★

„Wissenschaft und Politik stimmen zunehmend darin überein, dass die Güterverkehrsprobleme im Ruhrgebiet nicht mehr konventionell, sondern nur noch durch ungewöhnliche Maßnahmen zu lösen sind. So bejaht zum Beispiel der Präsident des Rheinisch-Westfälischen Instituts für Wirtschaftsforschung (RWI), Professor Dr. Klemmer, vor dem Hintergrund des zu erwartenden Chaos auf den Ruhrgebietsstraßen so genannte Cargo-Caps oder Frachtdrohnen, die der Leistungsbauforscher Professor Dr. Dietrich Stein von der Ruhr-Universität Bochum propagiert, der den Plan einer Frachtleitung im Ruhrgebiet entwickelt hat. Professor Stein will den Großteil des Güter- und Warenverkehrs in den Untergrund verbannen.“

Auszug aus dem Antrag der FDP-Fraktion „Cargo-Cap-Trassen für das Ruhrgebiet (Drs. 13/1866)“



Unsichtbar, aber immer auf den Überwachungssystemen präsent rollt die Frachtdrohne über Schienen in der bergmännisch unter der Erdoberfläche vorangetriebenen Tunnelröhre. Viele dieser Drohnen sollen helfen, die wachsende Güterflut auf den Straßen im Revier einzudämmen.

Bilder: Visaplan

# Grubenausschuss sehr zufrieden: Arbeitssicherheit im Bergbau ist weiter gestiegen

*Der Ausschuss für Grubensicherheit hat Anfang Mai das ehemalige Landesoberbergamt (LOBA) in Dortmund besucht, das durch das 2. Modernisierungsgesetz aufgelöst und seit dem Jahresbeginn 2001 als Abteilung Bergbau und Energie der Bezirksregierung Arnsberg zugeordnet worden ist. In der von Vorsitzendem Peter Budschun (SPD) geleiteten Sitzung ging es um den „Stand der Integration“ des früheren LOBA, ferner um den weiteren Steinkohlenbergbau in Walsum am Niederrhein und um den Jahresbericht 2000 der NRW-Bergbehörden.*

Im Jahresbericht 2000 erscheint erstmals die neue Abteilung 8 (Bergbau und Energie) der Bezirksregierung Arnsberg. Statt der früheren sechs Abteilungen des LOBA gibt es jetzt sieben Dezernate, darunter das Dezernat „Grubensicherheit, Technik unter Tage“ und das Dezernat „Arbeits- und Gesundheitsschutz“. Hier wird auch das Unfallgeschehen im Steinkohlenbergbau registriert. Dem Ausschuss berichteten der Arnsberger Regierungspräsident Wolfram Kuschke und der kommissarische Abteilungsleiter, Leitender Regierungsdirektor

Michael Kirchner. Vorsitzender Peter Budschun konnte mit Zufriedenheit feststellen, dass die Arbeitssicherheit im Jahr 2000 gegenüber 1999 erneut zugenommen hat. Die Zahl der Unfälle sank nicht nur absolut, sondern auch bezogen auf je eine Million geleisteter Arbeitsstunden von 25 im Jahr 1999 auf 22 im Jahr 2000. Im Jahr 2001 konnte das niedrige Niveau gehalten werden. Zur deutschen Steinkohlenförderung wird im Jahresbericht 2000 mitgeteilt, das Aufkommen habe sich gegenüber dem Vorjahr um vier auf 61 Millionen Tonnen verringert. Davon förderten die deutschen Bergwerke 33,3 Millionen Tonnen. Die Importe seien um acht Prozent auf 29 Millionen Tonnen ge-

stiegen. Danach verminderte sich der Anteil inländischer Steinkohle am Verbrauch um zehn Prozent auf gut die Hälfte. Vorbehaltlich einer Beihilferegulation auf EU-Ebene soll der Rückzug deutscher Steinkohle etwa bis 2007 beendet sein und dann auf einem „Sockel nationaler Energiesicherung“ von 20 Millionen Tonnen pro Jahr, gefördert von 20 000 Bergleuten, verbleiben. Ende des Jahres 2000 waren in Deutschland noch zwölf Schachtanlagen in Betrieb, davon zehn in NRW. Die Belegschaft hat sich im NRW-Steinkohlenbergbau im Berichtsjahr um 7077 auf 48 050 Mitarbeiter zum Jahresende 2000 und auf nur noch 43 400 zum Jahresende 2001 vermindert.



*Sorgen für sichere Fahrwege in der neuen Verbundstrecke von Haltern nach Auguste Victoria 3/7: Die beiden Sicherheitssteiger Kersten Büchner (l.) und Dieter Treek (r.) sichern den Untergang unter einem Transportband mit einem reflektierenden Schild.*

Foto: RAG

## Aktuelles Stichwort: „Ehemalige“

Die Vereinigung ehemaliger Mitglieder des Landtages von Nordrhein-Westfalen e.V. — so ihr korrekter Name — ist in das Düsseldorfer Vereinsregister eingetragen. Sie wurde am 28. Mai 1980 gegründet und speist sich aus ausgeschiedenen Landtagsabgeordneten. Als Organe nennt die Satzung Mitgliederversammlung, die einmal im Jahr zusammentritt und Vorstand, dem zurzeit Dr. Rolf Krumsiek als Vorsitzender, und Herbert Faust sowie Dr. Fritz Bergmann als stellvertretende Vorsitzende angehören;

Lukas Schaa ist Schatzmeister, die Geschäftsführung besorgt Horst Sommerfeld. Ehrengast ist Dr. Inge Donnepp, langjährige Abgeordnete des Landtags und frühere Justizministerin des Landes. Die Vereinigung zählt im Moment 298 Mitglieder. Neben der jährlichen Mitgliederversammlung, die meist im Landtag stattfindet, veranstaltet die Vereinigung einmal im Jahr eine Studienreise (die nächste führt Ende diesen Monats nach Sachsen-Anhalt) und Tagesausflüge mit Informationshintergrund.



*Von der Tribüne des Plenarsaals aus verfolgten ehemalige Mitglieder der Landtage Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz die Sitzung des Landtags. Auf der Tagesordnung des Zusammentreffens an alter Wirkungsstätte der Ex-Parlamentarier des Landes NRW stand ein Referat des derzeitigen CDU-Fraktionsvorsitzenden. Dr. Jürgen Rüttgers sprach über die Veränderungen von einer früheren Agrar- — über die Industrie- — zur Wissensgesellschaft und die Änderungen, die sich mit diesem Wandel verbinden. Eine lebhaft diskutierte Sitzung schloss sich an.*

Foto: Schälte

## Anhörung zur Zusammenlegung

Der Rechtsausschuss (Vorsitzender Dr. Robert Orth, FDP) führt am 29. Mai ab 10 Uhr im Saal der SPD-Landtagsfraktion eine öffentliche Anhörung zum Gesetzentwurf der Landesregierung über die Errichtung des Landesjustizvollzugsamtes Nordrhein-Westfalen (Landesjustizvollzugsamtsgesetz) durch.

Dazu sind vom Ausschuss neun Sachverständige eingeladen worden; sie erhalten Gelegenheit, zum umfangreichen Fragenkatalog Stellung zu nehmen. Die Parlamentarier erhoffen sich Antworten auf die Frage, ob im Justizvollzug eine Mittelbehörde beibehalten werden soll oder ganz auf sie verzichtet werden kann.

Weiteres zielt auf die Struktur einer solchen Mittelbehörde und darauf, ob Aufgaben einer Mittelbehörde privatisiert werden können. Angesichts des Vorschlags der Landesregierung, die Justizvollzugsämter Rheinland und Westfalen-Lippe zu einem einzigen Landesjustizvollzugsamt Nordrhein-Westfalen zusammenzufassen, interessiert es den Rechtsausschuss außerdem, welche Vorteile sich aus einer solchen Zusammenlegung ergeben könnten und wo der geeignetste Standort für ein neu geschaffenes Landesjustizvollzugsamt wäre. Auch die finanziellen Auswirkungen einer Zusammenlegung der jetzigen beiden Justizvollzugsämter sollen betrachtet werden.



# Für mehr lebensrettende Organspenden setzt NRW auf die Zusammenarbeit aller Beteiligten

## CDU-Forderung nach Transplantationsbeauftragten findet keine Mehrheit im Plenum

Mit den Koalitionsstimmen, bei Enthaltung der FDP und gegen das Votum der CDU-Fraktion hat der Landtag in zweiter Lesung den Gesetzentwurf der CDU-Fraktion zur Ausführung des Transplantationsgesetzes (Drs. 13/1161) abgelehnt. Mit dem Gesetzentwurf wollte die Union erreichen, dass in allen Krankenhäusern mit Intensivbetten die Stelle eines Transplantationsbeauftragten eingerichtet wird. Der federführende Gesundheitsausschuss hatte die Ablehnung des Entwurfs empfohlen (Drs. 13/2454).

**Vera Dedanwala** (SPD) räumte ein, dass es in Nordrhein-Westfalen, um die Anzahl der Spenden zur Organtransplantation zu erhöhen, Handlungsbedarf gibt. Um zu mehr Organspenden zu gelangen, sei ein abgestimmtes Handlungskonzept aller Beteiligten erforderlich, zu dem die Landesregierung den Weg ebnen habe. So sei die Öffentlichkeitsarbeit zu intensivieren, die verschiedenen, im Gesundheitswesen tätigen Gruppen seien als Multiplikatoren zu gewinnen; die flächendeckend etablierten kommunalen Gesundheitskonferenzen sollten gemeinschaftliche und abgestimmte Aktionen vor Ort initiieren. Die Krankenhäuser müssten potenzielle Organspender der Deutschen Stiftung Organspende melden und entsprechende innerorganisatorische Maßnahmen treffen. Dieser Prozess sollte vorangetrieben werden, über die Erfolge solle die Landesregierung in einem Jahr dem Parlament berichten.

**Rudolf Henke** (CDU) nannte die Ablehnung des von seiner Fraktion vorgelegten Gesetzentwurfs eine „Fehlentscheidung“. In NRW sei die Organspendebereitschaft sicher nicht geringer als in anderen Bundesländern, aber dennoch sei das Land, das medizinisch gut ausgestattet und in der Lage sei, Transplantationen auf hohem Qualitätsniveau durchzuführen, auf Spenderorgane von Verstorbenen aus anderen Bundesländern angewiesen. Seine Partei begrüße die „Gemeinschaftsaktion Organspende“, aber dies sei keine Alternative zu den von der CDU geforderten Transplantationsbeauftragten; diese würden von vielen Ärzten und Organisationen unterstützt. Die Transplantationsbeauftragten hätten in einer ganzen Reihe von Ländern dazu beigetragen, die Zahl der verfügbaren Spenderorgane zu erhöhen.

**Dr. Jana Pavlik** (FDP) verwies auf Reserven, Vorbehalte und Ängste gegenüber einer Hirntoddefinition, die bei vielen Menschen für die verbreitete Distanz zur Organentnahme Sorge. Es gebe nun einmal kein Anrecht und keinen Anspruch auf das Organ eines anderen, fuhr sie fort und lehnte es ab, einen unbewussten Rechtfertigungszwang auf die auszuüben, die für sich oder für einen Angehörigen nicht zu einer Transplantation bereit seien. Um die zu geringe Bereitschaft zur Spende zu erhöhen, seien weder neue gesetzliche Regelungen noch die Installierung eines Beauftragten der richtige Weg. Notwendig sei dringend eine breit angelegte öffentliche und gesellschaftliche Diskussion und zuverlässige Aufklärung

der Bevölkerung in diesem Grenzbereich des Sterbens. Das „Wohlwollen alles Lebenden zueinander muss wachsen können und dürfen. Es kann organisatorisch nur schwerlich herbeigeführt werden.“ Solch ein positives Bewusstsein müsse sich entwickeln und wachsen.

**Barbara Steffens** (GRÜNE) nannte als einen der ursächlichen Gründe für die geringe Zahl von Organspenden im Land die besondere Struktur der Krankenhäuser in NRW: Hier gebe es — anders als zum

## In der Statistik liegt NRW auf dem letzten Platz

„Das Transplantationsgesetz (TPG) des Landes vom 5. November 1997 hat über den Aspekt der Lebendspende hinaus nichts dazu beigetragen, die Motivation für Organspenden und damit die Zahl der Transplantationen in Nordrhein-Westfalen zu erhöhen. Wie der Fachbeirat der Koordinierungsstelle Organspende Nordrhein-Westfalen anlässlich seiner zweiten Sitzung am 20. Oktober 2000 feststellte, liegt die Zahl der Organspender pro eine Million Einwohner in Nordrhein-Westfalen bei zehn Spendern. Damit liegt NRW an letzter Stelle im Vergleich mit anderen Regionen in Deutschland (elf bis 18 Spender pro Million Einwohner) und deutlich unterhalb des Bundesdurchschnitts. Vor diesem Hintergrund muss die Aufklärung der Bevölkerung über die Möglichkeiten der Organspende intensiviert werden. In diesem Zusammenhang ist festzustellen, dass das Land es versäumt hat, dem Auftrag des Paragraphen 2 Absatz 1 des Transplantationsgesetzes an die Länder zur Bestimmung der zur entsprechenden Aufklärung der Bevölkerung zuständigen Stellen nachzukommen.“

Auszug aus dem Gesetzentwurf der CDU-Fraktion zur Ausführung des Transplantationsgesetzes (AG-TPG, Drs. 13/1161).

Beispiel in Bayern — sehr viele Häuser in kirchlicher Trägerschaft. Steffens zu den Abgeordneten: „Ich muss Ihnen wahrscheinlich nicht erklären, welche Probleme die Kirche nach wie vor mit der Definition von Hirntod hat.“ Wenn es in anderen Ländern Transplantationsbeauftragte gebe, dann müsse man die nicht auch in NRW haben, stellte sie fest und erläuterte dies mit dem Hinweis auf den Druck, den solche Beauftragten auf Angehörige Sterbender auszuüben in der Lage seien. Dazu sollte die CDU die Berichte von Angehörigen zur Kenntnis nehmen, die eine solche Situation schon erlebt hätten. Niemand dürfe Angehörige, die sich Gedanken machten, so darstellen, als wollten sie Menschen nicht helfen — das sei „zynisch“. Die Menschen sollten mit einer anderen Initiative gewonnen werden als mit der der CDU.

**Gesundheitsministerin Birgit Fischer** (SPD) sah einen fraktionsübergreifenden Konsens in dem Willen, das Leben Schwerstkranker zu retten. Das müsse in der Öffentlichkeit deutlich werden, nur so würden sich die Menschen mit dem Problem auseinander setzen und die Bereitschaft für einen Spenderausweis steigen. Mit dem Gesetz allein könne man nicht die Zahl der Spenderorgane erhöhen, „vielmehr geht es darum, Menschen zu überzeugen“. Dazu benötige man mehr Aufklärung und Werbung — in der Bevölkerung, aber auch bei Ärzten und beim Pflegepersonal in den Krankenhäusern. Während die Union auf den Transplantationsbeauftragten abstelle, so setze sie, die Ministerin, auf einen breiten breiten Unterstützungskreis und auf eine Lösung unterhalb der gesetzlichen Ebene. Das Kernstück dieser von ihr favorisierten Lösung seien „Kommunikationsteams“ in den Krankenhäusern, auf die sich die Gemeinschaftsaktion Organspende verständigt habe. Diese Teams, verankert in einem breit getragenen Bündnis, seien ihrer Erwartung nach effizienter als ein Transplantationsbeauftragter allein in einem Krankenhaus.



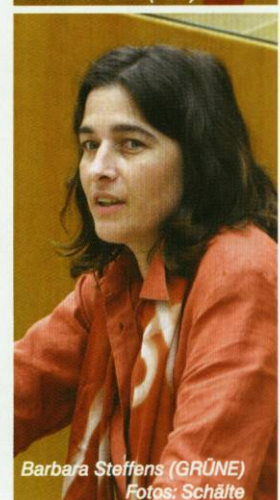
Vera Dedanwala (SPD)



Rudolf Henke (CDU)



Dr. Jana Pavlik (FDP)



Barbara Steffens (GRÜNE)  
Fotos: Schälte

## Jugendkriminalität

# Beispiele für erfolgreiche Ansätze zur Vorbeugung

*SPD und GRÜNE wollen die positiven Ansätze zur zügigen und wirksamen Bekämpfung der Jugendkriminalität in einzelnen Städten landesweit zum Rahmen örtlicher Handlungskonzepte machen. Ende April überwies der Landtag den Antrag „Möglichkeiten der Diversion im Jugendstrafverfahren optimal nutzen – Durch Prävention und frühzeitiges Gegensteuern Kinderdelinquenz und Jugendkriminalität wirksam eingrenzen“ (Drs. 13/2453) nach der Debatte zusammen mit einem Entschließungsantrag der CDU (Drs. 13/2560) einstimmig zur abschließenden Beratung an den federführenden Rechtsausschuss.*

**Frank Sichau** (SPD) unterstrich, die im Antrag der Koalitionsfraktionen genannten Beispiele in Remscheid, Krefeld, Mönchengladbach und Lemgo gäben eine konkrete Antwort auf die theoretischen Fragen, „wie Jugendkriminalität zügig und wirksam bekämpft und damit ein letztlich zeitraubenderes, weniger effektives und kostspieligeres Verfahren vermieden werden kann und wie Sekundärprävention in diesem Bereich erfolgreich betrieben werden kann“. Der Abgeordnete: „Es ist wichtig, die guten Beispiele aus den genannten Städten der Justizöffentlichkeit in möglichst wirksamer Weise darzulegen, damit sie auch anderswo entsprechend umgesetzt werden können.“ Er hoffe, dass sich der Dialog zwischen Jugendhilfe, Polizei und Staatsanwaltschaft positiv entwickeln wird.

**Sybille Haußmann** (GRÜNE) erläuterte den Gedanken der Diversion: Es gehe nicht um eine Anwendung der Mittel gegenüber allen „erwischten“ Jugendlichen – da würden nur teure staatliche Ressourcen vertan. Vielmehr solle das Verfahren zu einem selbst-

verständlichen Mittel der Wahl dort werden, wo es notwendig und sinnvoll ist, „dem Jugendlichen den notwendigen Schuss vor den Bug zu erteilen und den notwendigen Schrecken einzujagen, um das Abgleiten in die kriminelle Szene zu verhindern“. Den jungen Menschen werde vor Augen geführt, dass ihre Straftat nicht unbeachtet bleibe und dass sie nicht folgenlos Gesetze übertreten können „und dass sich der Staat durch seine Vertreter in Form von Jugendgerichtshelfern, Staatsanwälten und Richtern gegen die Missachtung seiner Gesetze zur Wehr setzt“.

**Peter Biesenbach** (CDU) qualifizierte die Forderungen des Antrags als „heiße Luft“. Wer dabei nicht auch an finanzielle und personelle Maßnahmen denke, der vollführe „Traumtänzerie“. Hintergrund des Antrags sei die Steigerung des Anteils der Tatverdächtigen unter 21 Jahren auf 32 Prozent aller Straftatverdächtigen. Mit der gesetzlichen Möglichkeit der Diversion wollten die beiden Fraktionen einen Beitrag zur Bekämpfung dieser Kinder- und Jugendkriminalität leisten. Wenn gegenwärtig das Instrument im Justizalltag nicht genutzt würde, wäre der Antrag begründet. So aber werde Aktionismus betrieben und verkündet: „Wir machen etwas.“ Der Abgeordnete: „Aber passieren wird nichts.“ Dass die Kommunen tätig werden sollen, sei ein erneuter Versuch der Koalition, ihnen Aufgaben zuzuschreiben: „Diversion ist ein Instrument der Kriminalpolitik, und dafür ist das Land zuständig.“ In ihrem Entschließungsantrag, den seine Fraktion vorgelegt habe, beschreibe die CDU die Mindestvoraussetzungen, damit Diversion im Lande Erfolg haben könne.

**Dr. Robert Orth** (FDP) wertete es als positiv, dass es in diesem Zusammenhang keinen Versuch gebe, die Strafmündigkeit von Kindern auf zwölf oder 13 Jahre abzusenken. Den Jugendlichen werde aber kein Gefallen getan, wenn man ihnen zu verstehen gebe, dass bestimmte Delikte eigentlich gar nicht so schlimm sind. „Wir sollten den Jugendlichen klare Handlungsanweisungen geben über das, was man darf und das, was man nicht darf. Wir sollten dabei nicht unterscheiden nach dem Wert der Sache oder nach sozialer Ächtung der Angelegenheit.“ Er, Orth, hoffe, dass Drogendelikte in die Diversion einbezogen werden. Er könne sich nicht vorstellen, dass jugendliche Drogen-

händler hier die „nette“ Seite des Staates kennen lernen. Bei aller Beachtung der jugendlichen Täter dürften auch die meist jugendlichen Opfer nicht außen vor bleiben.

**Justizminister Jochen Dieckmann** (SPD) knüpfte ein Fragezeichen an die angeblich wachsende Jugendkriminalität: „Ich glaube, wir haben immer noch nicht den prozentualen Anteil an Jugendkriminalität erreicht, den wir 1974 hatten.“ Bei der Frage nach dem Umgang mit straffällig gewordenen Jugendlichen sei er froh über den großen Konsens, „dass man dies nicht darin bestehen kann, dass man in einen Wettlauf um harte und härteste Strafen eintritt“. Aus Untersuchungen sei bekannt, dass es nicht die Höhe der Strafe ist, sondern die Wahrscheinlichkeit einer Sanktion und das Tempo, mit der die Sanktion verhängt wird, die auf junge Menschen Eindruck machten.

## Geringe Rückfälligkeit

**Theo Kruse** (CDU) fragte nach der personellen Ausstattung der Staatsanwaltschaften im Lande; hier gebe es einen Fehlbestand von 517,14 Stellen im Jahr 2002. Was habe dagegen Rot-Grün unternommen? Die CDU teile ausdrücklich das Anliegen der Diversion, aber darüber dürfe nicht nur geredet werden, es müssten „tatsächliche und ernsthaft nachvollziehbare Schritte unternommen werden“.

**Hans-Peter Meinecke** (SPD) berichtete aus Remscheid, wo der Anstieg der Bagatelldelinquenz und der jugendlichen Ersttäter zu Gegenmaßnahmen geführt habe. Darum sei ein Diversionsprojekt begonnen worden, in das Delikte wie Diebstahl geringwertiger Sachen, Führerscheineangelegenheiten, Beförderungerschleichung und andere Bagatelldelikte einbezogen worden sind. Der Abgeordnete beschrieb das Vorgehen und erwähnte, dass bisher nur sechs Prozent der Jugendlichen rückfällig geworden sind. Die beteiligten Stellen seien mit viel Engagement, Innovationskraft und Einsatz tätig geworden. Dafür sei ihnen zu danken.

**Sybille Haußmann** (GRÜNE) schloss daran an, es mache viel Sinn, das Remscheider Projekt landesweit auszudehnen und dafür – bei Achtung der richterlichen Unabhängigkeit – zu werben.



**Vor Ort am Flughafen Köln/Bonn** hat sich Landtagspräsident Ulrich Schmidt (rechte Bildmitte) ausführlich über die Entwicklung informieren lassen. Zusammen mit den Vorsitzenden des Verkehrs- und des Arbeitsausschusses, Manfred Hemmer und Bodo Champignon, und dem Wahlkreisabgeordneten Friedhelm Lenz besuchte der Landtagspräsident Einrichtungen auf dem Konrad-Adenauer-Airport. Vor allem die wirtschaftliche Entwicklung, die verkehrstechnische Anbindung und die Chancen für den Arbeitsmarkt standen im Mittelpunkt der Gespräche mit den beiden Geschäftsführern des Flughafens, Michael Garvens und Wolfgang Klapdor, die die Stellung des Flughafens in Europa für die Luftfracht unterstrichen: So habe sich die beförderte Frachtmenge allein in den vergangenen fünf Jahren verdoppelt. Vertreter des Betriebsrates informierten ebenfalls die Besucher. Im Mittelpunkt der Visite standen die Aktivitäten des Logistik-Unternehmens UPS am Flughafen. Darüber informierte Uwe Detering, zuständig für den Bereich der Öffentlichkeitsarbeit, die Besucher. Das amerikanische Expressfracht-Unternehmen UPS bleibt dem Standort Köln/Bonn langfristig erhalten und wird ihn weiter ausbauen. Dazu wird ein neues, hochtechnisiertes Paket-Sortierzentrum auf dem Gelände des Flughafens Köln/Bonn gebaut; Kernstück des neuen Frachtzentrums ist eine Paket-Umschlag-Halle. 700 neue Arbeitsplätze können in diesem Zusammenhang eingerichtet werden. Bei der Flughafengesellschaft werden zusätzlich 100 neue Stellen geschaffen. UPS beabsichtigt in diesem Zusammenhang in Zukunft größere und leisere Flugzeuge einzusetzen.

## Koalitionsfraktionen für gemischte Abfallwirtschaft

*Nach der ersten Lesung überwies der Landtag den CDU-Entwurf zur Änderung des Landesabfallgesetzes (Drs. 13/2505) an den Umweltausschuss (federführend) und weitere Ausschüsse.*

**Dr. Jürgen Rüttgers**, CDU-Fraktionsvorsitzender, begründete den CDU-Vorschlag mit fehlendem Wettbewerb, Korruption, Oligopol und Ausbeutung der Gebührenzahler bei der Müllentsorgung in NRW. Die Gebühren hätten sich mehr als verdoppelt und seien ungerecht verteilt. Hauptgrund sei die uneingeschränkte Macht der SPD. Die Ministerin habe von Umwelt geredet, manche Genossen hätten abkassiert. Die CDU schlage jetzt eine klare Trennung zwischen staatlicher Verantwortung und privatwirtschaftlicher Tätigkeit vor. Das Abfallgeschäft solle durch private Unternehmen durchgeführt werden. Auch die Anlagen sollten privatisiert und Vertragslaufzeiten auf fünf Jahre verkürzt werden. Eine Regulierungsbehörde solle das steuern. Die Gebühren sollten gesenkt werden.

**Dr. Bernhard Kasperek** (SPD) hielt Wirtschaftskriminalität und die Bewegung auf dem Abfallmarkt für den Kern der Debatte. Die CDU-Vorschläge seien Stümperei. NRW verfüge über hervorragende Anlagen auf Hightech-Niveau. Köln sei eine der modernsten Anfallentsorgungsanlagen Europas. Hightech gebe es nicht zu Dumpingpreisen. Die Abfallwirtschaft sei in Bewegung, das sei gut so. Ab 2005 solle nur noch vorbehandelter Abfall auf Deponien landen. In der gemischten Struktur in NRW gebe es private, gemischte und kommunale Anlagenbetreiber, ohne dirigistische Eingriffe, mit neun großen und vielen kleinen Entsorgern. Kommunale Zusammenarbeit wie bei „Eco-City“ auszuschließen, wäre der völlig falsche Weg. Landesweite Steuerung sei praxisfern. Der CDU-Antrag sei ein Flop.

**Holger Ellerbrock** (FDP) hielt dagegen den CDU-Vorschlag für ausgesprochen konstruktiv, er greife aber zu kurz. Umweltstandards

sollten vom Staat vorgegeben, Aufgabenkontrolle und Aufgabenerfüllung müssten getrennt werden, auch durch Privatisierung. Entsorgungssicherheit und Wettbewerb müssten gewährleistet sein. Die FDP sei gegen die staatlich verordneten Andienungspflichten und für eine liberale Abfallwirtschaft.

**Johannes Rimmel** (GRÜNE), Parlamentarischer Geschäftsführer, hielt es für frivol, wie die CDU den Rest der monopolisierten Abfallwirtschaft dem privaten Markt überlassen wolle angesichts von Korruption als der „dunklen Seite der Privatwirtschaft“. Mittelständischen Firmen Vorrang einzuräumen, sei angesichts der kapitalintensiven Entsorgungswirtschaft naiv. Das Landesabfallgesetz sei vom Bundesrecht abgeleitet. Das Kreislaufwirtschafts- und das Abfallgesetz des Bundes hätten korrigiert werden müssen. Die von der CDU beantragten Änderungen verstießen gegen die kommunale Selbstverwaltung und sähen Enteignung vor. Regulierung sei nötig zur Daseinsvorsorge und zu ökologischen Vorgaben.

**Umweltministerin Bärbel Höhn** (GRÜNE) hielt die CDU-Ziele mehr Wettbewerb, Begrenzen von Monopolen und Gebührenschränken für richtig. Aber Privatisierung sei eine untaugliche Lösung. Zu der von Rüttgers empfohlenen Privatisierung seien nur zwei Konzerne in der Lage. Das sei das Gegenteil von Wettbewerb. In den Städten und Kreisen werde über Rekommunalisierung

diskutiert, auch um Gebühren zu senken. Lösungen seien nicht einfach und müssten einzeln geprüft werden. Beide Seiten müssten beteiligt sein. Eine Spezialgruppe zur Korruptionsbekämpfung und die Kommunalaufsicht prüften jetzt Hintergründe.

**Hans Peter Lindlar** (CDU) warf der Ministerin vor, frühere CDU-Prüfungsbegehren abgelehnt zu haben, und wies auf die EU hin, wo jeden Tag ein Stein von den Staatsmonopolen der Daseinsvorsorge hin zum freien Wettbewerb bröckele. Die NRW-Abfallpolitik seit 1985 sei völlig „verkorst“. Die Bürger bezahlten das mit übersteuerten Gebühren. Städtischen Einrichtungen das privatwirtschaftliche GmbH-Mäntelchen umzuhängen und den gewählten Räten die Kontrolle zu entziehen, das wolle die CDU nicht. Bei 51 Prozent kommunalen Anteilen trage das wirtschaftliche Risiko immer noch der Steuerzahler. Durch Fehlplanungen sei etwa eine Milliarde Mark versenkt worden. Die Ministerin habe aus ihrer richtigen Bedarfsplanung und der Feststellung von 600 000 Tonnen Überkapazität in NRW keine Konsequenzen gezogen.

**Professor Dr. Friedrich Wilke** (FDP) hielt das Austrocknen des Korruptionssumpfs weder durch Privatisierung und durch mehr Staat für möglich. In der Abfallpolitik hätten längst neue Weichen in Richtung von mehr Wettbewerb gestellt werden müssen. Nur Wettbewerb senke die Gebühren. Auch der Bund der Steuerzahler sei für Privatisierung.

*Freude und Genugtuung hat Landtagspräsident Ulrich Schmidt über den bevorstehenden Beitritt Polens zur Europäischen Union geäußert. Bei einem Besuch des polnischen Vize-Außenministers Dr. Andrzej Byrt — hier auf dem Bild neben der polnischen Generalkonsulin Elzbieta Sobótka auf der Tribüne des Plenarsaals — betonte Schmidt die zahlreichen Kontakte zwischen Polen und Nordrhein-Westfalen. Inzwischen gibt es 400 Partnerschaftsverträge zwischen Polen und Deutschland. An dem Empfang im Landtag nahm auch Vizepräsidentin Edith Müller teil, die Vorsitzende der Deutsch-Polnischen Parlamentariergruppe im Landtag ist. Foto: Schälte*



## Land und Wirtschaft zahlen freiwillig für Altlasten

*Der Landtag nahm den gemeinsamen Antrag aller vier Fraktionen „Freiwillige Kooperationsvereinbarung zum AAV sichert Altlastensanierung und Flächenrecycling“ (Drs. 13/2561) an, der nach dem Rückziehen des CDU-Antrags „Rettet den Abfallentsorgungs- und Altlastensanierungsverband“ (AAV) zustande kam.*

**Volkmar Klein** (CDU) äußerte sich erfreut über die gelungene Rettung, die allerdings sehr lange gedauert habe. Vor über zwei Jahren habe das Bundesverfassungsgericht die Lizenzpflicht im NRW-Abfallgesetz als Verstoß gegen Bundesrecht beurteilt. Seit sechs Jahren verlange die CDU Handeln. Jetzt brauche der Landtag konkrete Informationen über freiwillige Vereinbarungen, zwei Gesetzesänderungen und Haushaltsmittel.

**Klaus Strehl** (SPD), Vorsitzender des Umweltausschusses, erklärte, der AAV habe bei der Altlastensanierung Fachkenntnisse erworben und hervorragende Leistungen erbracht. In Fragen des Umweltschutzes arbeiteten öffentliche Hand und private Wirtschaft zusammen. Freiwillige Vereinbarungen seien sinnvoller als Rechtsnormen und Strenge. Der Vertrag vom 18. März müsse schnellstmöglich umgesetzt und noch vor der Sommerpause ein neues AVV-Gesetz eingebracht werden.

**Holger Ellerbrock** (FDP) zitierte sechs „V“ der Abfallwirtschaft bis in die 90er-Jahre: vermeiden, vermindern, verwerten, verbrennen, vergraben, vergessen. Vergraben seien die Altlasten, vergessen könne man sie nicht. Seinerzeit hätten weder Wissenschaft noch Wirtschaft noch Behörden von Altlasten gewusst. Jetzt müssten diese mit

Steuermitteln beseitigt werden. Die Wirtschaft gebe vier Millionen Euro pro Jahr freiwillig dem AAV dazu.

**Johannes Rimmel** (GRÜNE) begrüßte den gemeinsamen Weg, hielt aber den AAV für die zweitbeste Lösung und ein Tropfen auf den größeren heißen Stein. Der Bund müsse eine Abgabenlösung möglich machen. Die GRÜNEN seien dagegen, Gewinne zu privatisieren und Schäden zu sozialisieren.

**Umweltministerin Bärbel Höhn** (GRÜNE) sagte, so schwierig habe sie sich die Verhandlungen mit der Wirtschaft über eine freiwillige Vereinbarung zum AAV nicht vorgestellt. Es sei ein gutes Instrument, auch den Fraktionen sei zu danken. Je neun Millionen vom Staat und von Wirtschaft/Kommunen pro Jahr seien vereinbart.

## Liberaler fordern zentrale Schultests zum Vergleich

Den FDP-Antrag „Aussagekraft schulischer Testverfahren steigern – Leistungsvergleiche ermöglichen“ (Drs. 13/2504) überwies der Landtag nach der Aussprache am 25. April in die Ausschussberatung.

**Ralf Witzel** (FDP) begrüßte die Einführung von Lernstandstests in allen Schulen in NRW durch die Landesregierung als ersten richtigen Schritt, hielt aber wesentliche Korrekturen für notwendig. Lernstandstests sollten Schüler und Erziehungsberechtigte über Leistungen informieren, aber auch durch Veröffentlichung mehr Transparenz schaffen über Schulstandorte. Autonomie und Wahlfreiheit seien ohne Schulranking nur ein Lippenbekenntnis. Wer bessere Bildung wolle, dürfe den Wettbewerb nicht scheuen.

**Manfred Degen** (SPD) vermutete Kontrolle als Prinzip der FDP in einem Wettbewerb mit ungleichen Startchancen, in dem es um junge Menschen gehe. Bei den zentralen Lernstandserhebungen werde mit Klasse 9 in Deutsch, Mathematik und Englisch begonnen. Die Erweiterung auf die Grundschule werde vorbereitet. Lehrer und Schüler erhielten objektive Rückmeldungen. Schärferen Leistungsanforderungen stimme er nicht zu, wenn nicht gleichzeitig Förderung geregelt sei. Allen müsse geholfen werden. Selektion verschärfen, mache die SPD nicht mit. Leistungsmessung solle von Sanktionierung entkoppelt werden.

**Ursula Doppmeier** (CDU) sagte, durch die PISA-Studie sei das Schulministerium aus dem Dornröschenschlaf erwacht. Nur gut gebildete Jugendliche seien dem globalen Wettbewerb gewachsen. Der leider mittelmäßige Wissensstand, hohe Studienabbruchzahlen und sinkendes Niveau bei Lehrstellenbewerbern seien sehr ernst zu nehmen. In Deutschland sei es zur Auslöschung vieler Lerninhalte gekommen. Man habe die Abneigung gegen konkretes Wissen und einen Fächerkanon gepflegt. Wissen könne nicht durch Anleitung zur Information ersetzt werden. Es gebe unendlich

viel Wissen, das sich nicht überhole. Einer „Download-Gesellschaft“ fehle der Tiefgang. Auch Staatsbürger und mündige Bürger müssten Wissen stets präsent haben. Schule brauche klare Fächer- und Inhaltsstrukturen.

**Sylvia Löhrmann**, GRÜNE-Fraktionsvorsitzende, hielt den Antrag für eine „Zumutung“ und das Niveau für „Politikverzicht“. Die FDP habe die PISA-Erkenntnisse nicht verstanden. Lernstandstests mit Ziffernoten habe mit differenzierter Bewertung von Lernleistungen nichts zu tun. Permanente Leistungsüberprüfung hemme schon heute die Lernfreude. Lernprozess und Leistungsbeurteilung müssten entkoppelt werden. Kinder seien individuell zu fördern statt sie in Schulblenden zu stecken. Eine beratende Schulaufsicht und Elternhäuser sollten die Unterrichtskultur unterstützen. Die Rednerin bot die neue Broschüre über eine Anhörung ihrer Fraktion zur Lektüre an.

**Schulministerin Gabriele Behler** (SPD) bemängelte die Antragsphilosophie, wonach Leistung durch Noten und öffentliche Bloßstellung entstehe; beides sei völlig falsch. Zur Leistung gehörten konsequente Förderung und eine Schulkultur mit breiter Unterstützung. PISA zeige die Notwendigkeit frühester Lernförderung und ganztägiger Bildungsprozesse. Zur Überprüfung von Lernergebnissen gehörten Parallelarbeiten und Vergleiche. Zentrale Lernstandserhebungen ohne Noten bestünden aus mündlichen Übungen, schriftlichen Tests und gezielten Beobachtungen auf der Grundlage empirischer Schulforschungskriterien. Wie mehrere Vorredner vor ihr erwähnte die Ministerin auch das Beispiel Schweden mit Noten erst ab der achten Klasse.

**Hans-Martin Schlebusch** (CDU) unterstützte den FDP-Antrag ohne Abstriche und forderte die öffentliche Diskussion über Schulen und deren Leistungen: „Wir brauchen den Wettbewerb bald.“ Erziehungsverträge zwischen Schule und Eltern seien unterstützenswert und Privatschulen hätten dabei eine Pionierrolle. Lehrer und Schulträger brauchten auch Sanktionsmechanismen.

**Ingrid Pieper-von Heiden** (FDP) warf der Ministerin vor, beim Schulvergleich Migrantenkindern eine geringere Intelligenz zu unterstellen oder das Ergebnis mangelnde Sprachkenntnisse zu scheuen. Sie forderte eine verlässliche Erfolgskontrolle mit Öffentlichkeit und Lernstandstests mit Noten.

## Gemeindeprüfungsanstalt:

### Erweiterter Auftrag und mehr Beratung

Der Landtag verabschiedete am 24. April in zweiter Lesung das Gesetz zur Errichtung einer Gemeindeprüfungsanstalt (Drs. 13/1884) in der vom Ausschuss für Kommunalpolitik empfohlenen Fassung (Drs. 13/2503) und mit der zuvor von SPD und GRÜNEN beantragten Änderung (Drs. 13/2559).

**Heinz Wirtz** (SPD) bedauerte, dass die Opposition nicht zustimme. Die bisherige Gemeindeprüfung sei als rein hoheitliche Aufgabe überholt. Die Koalitionsfraktionen setzten mehr auf Beratung und Nachschau. Die Gemeindeprüfung werde durch die Anstalt verschluckt. Grundsätzliche Feststellungen und konzentrierter Sachverstand sollten allen Kommunen zur Verfügung stehen. Sie könnten sich auch für private Beratung entscheiden. Fehler sollten von vornherein vermieden und Steuergelder pfleglich eingesetzt werden. Als Standort werde Herne vorgeschlagen.

**Peter Biesenbach** (CDU) stellte fest, die Landesregierung habe von einer zentralen Einrichtung nicht überzeugen können. Aus Geldnot werde den Kommunen in die Taschen gegriffen, das müsse nicht sein. Die überörtliche Gemeindeprüfung sei eine staatliche Aufgabe. Prüfungsinhalte sollten aktuell und von Gewicht sein. Es gebe zu wenig qualifizierte Prüfer. Methoden und Bewertung seien uneinheitlich. Die neue Behörde aber entspreche nicht den Leitsätzen der Verwaltungsreform und realisiere nicht die Vorteile der Ortsnähe.

**Dr. Ingo Wolf** (FDP) warf der Koalition vor, unter dem Deckmantel des Strukturmanagements kalte fiskalische Machtpolitik zu betreiben. Der finanzielle Ausgleich sei mehr als mager und berücksichtige nicht die personelle Ausdünnung. Eine neue Molochbehörde stehe im Gegensatz zum Bürokratieabbau. Die Kompetenz bereits zum Jahresbeginn 2003 sei ein Traum. Es werde Doppelzahlungen für Personal geben müssen. Praxis- und Bürgernähe würden durch Rotation in den Gemeinde- und Kreisämtern erreicht.

**Ewald Groth** (GRÜNE) sagte, die Gemeindeprüfungsanstalt hätte längst eingerichtet werden müssen. Auch die Südländer führen damit schon lange sehr gut. Es sei eine kommunale Veranstaltung im Einvernehmen mit den Spitzenverbänden. Die Opposition gegen ein gutes Gesetz sei bedauerlich.

**Innenminister Dr. Fritz Behrens** (SPD) verteidigte den Weg von einzelfallorientierter hin zu partnerschaftlicher Prüfung als wirklichen Fortschritt. Der Auftrag der überörtlichen Gemeindeprüfung werde erweitert über Rechtmäßigkeit hinaus zu Wirtschaftlichkeit. Aus 36 Ämtern werde eine schlagkräftige Anstalt. Die Mitarbeiter kämen aus der kommunalen Praxis oder seien neue Spezialisten. Den Antrag von SPD und GRÜNEN, die Beratung in der Gemeindeordnung zu verankern, begrüße er. Die Anstalt solle sich durch Gebühren und Entgelte selbst tragen und nur der Anschlag bezuschusst werden.



Gäste aus China haben den Landtag besucht und sind von Landtagsdirektor Peter Jeromin (hier im Bild mit dem Leiter der Delegation Chengyun Li) begrüßt worden. Die Delegation mit 18 Mitgliedern aus Politik, Wirtschaft und Verwaltung kommt aus der chinesischen Millionenstadt Deyang und war bei ihrem Partnerkreis Siegen-Wittgenstein zu Gast. Mit auf dem Bild: Hans-Dieter Moritz (SPD, 2. v. r.), Volkmar Klein (r.) und Monika Brunert-Jetter (l., beide CDU). Die chinesischen Gäste führten in Düsseldorf Gespräche mit Vertretern des Wirtschaftsministeriums und nahmen an einer Plenarsitzung des Landtags teil, wo sie von Landtagspräsident Ulrich Schmidt willkommen geheißen wurden. Foto: Schälte

## Packendes Match in der Türkei

*Die Türkei präsentierte sich dem FC Landtag NRW von ihrer besten Seite: Sonnenschein, blaues Meer, schneebedeckte Gipfel des Taurus-Gebirges, herzliche Gastfreundschaft.*

Spielertrainer Wolfgang Euteneuer schätzte sich glücklich, nach acht Jahren überhaupt das erste Mal mit seiner Mannschaft trainieren zu können. Tiger Jupp Siebert beispielsweise reichten feindsosierte zweieinhalb Minuten Sondertraining zur absoluten Fitness. Diese war aber auch dringend notwendig für das Match gegen die Mannschaft des türkischen Parlaments im Atatürk-Stadion von Antalya. Die begeistertsten Zuschauer erlebten ein Spiel voller Rasse und Klasse mit zehn Toren. Der FCL mit Rene Markgraf im Tor, Wolfgang Euteneuer im Zentrum und dem Abgeordnetenbollwerk aus Heinz Sahren, Christof Rasche, Manfred Palmen, Wolfgang Hüskens, Bernhard Tenhumberg und Hans Kraft sowie den parlamentarischen Spitzen Günter Langen und Willi Nowack hatte sich noch nicht ganz geordnet, da fiel durch einen sauberen Spielzug über die gefährliche rechte Seite der Türken per Kopf das 0:1. Der FCL war jedoch nur kurzzeitig beeindruckt, dann schlug er zurück.

Spielgestalter Norbert Stiens harmonierte prächtig mit Willi Nowack und dieser netzte zum Ausgleich ein. Jetzt lief das Spiel des FCL gut aus der Abwehr, in der auch Jörg Krause und Jupp Siebert starke Defensivpartien boten. Norbert Stiens verlängerte eine weite Steilvorlage von Euteneuer mit dem Kopf ins türkische Netz. Und letzterer war es selbst, der mit einem noch leicht abgefälschten Freistoßhammer den FCL sogar mit 3:1 in Führung brachte. Die Türken drehten mächtig auf, verkürzten auf 2:3, und, nachdem erneut Norbert Stiens den Zwei-Tore-Vorsprung wieder hergestellt hatte, durch einen allerdings etwas fragwürdigen Elfer auf 3:4. Nach der Pause bauten die Türken ihren Angriff über ihre rechte Seite auf, Flachpass nach innen und aus kurzer Entfernung eingeschossen. Beide Teams wollten nun den Sieg. Und der FCL war diesem sehr nahe, als wiederum Norbert Stiens, voller Power unterstützt von Jupp Föhles, Dirk Schüttrumpf, Jürgen Cosse und Werner Mayer, den Ball zum 5:4 in das türkische Tor einschob. Mit dem Triumph aber wurde es letztendlich doch nichts. Nach einem Freistoß, der in die FCL-Mauer geknallt wurde, entschied der Schiedsrichter unerbittlich auf Elfmeter. FCL-Keeper Rene Markgraf hatte keine Abwehrchance: 5:5 – ein schönes Ergebnis für ein Freundschaftsspiel.

## Fußball international: FCL besiegt Moskauer Stadt-Duma

*Neun Tage nach dem Spiel gegen das türkische Parlament konnte sich der FC Landtag NRW auf eine weitere internationale Begegnung freuen: Das Team der Moskauer Stadt-Duma kam mit Präsident Platonov – unser Bild zeigt ihn in einem packenden Zweikampf mit Günter Langen – und dem stellvertretenden Moskauer Bürgermeister Petrow an der Spitze einer 45-köpfigen Delegation zum Gegenbesuch nach Düsseldorf. Zur Erinnerung: Ende September des vergangenen Jahres hielt sich der FCL in Moskau auf und wurde mit einer Niederlage von 1:4 nach Hause geschickt.*

Vor dem wie immer mit Spannung erwarteten Spielbericht zunächst aber einige Informationen über den Besuch der Moskauer Freunde. Der erste Tag begann sehr, sehr feucht. Der Himmel geizte nicht damit, dem Wasser des Rheins von oben noch mehrere Ladungen hinzuzufügen. So litt die Rheinfahrt, die FCL-Präsident Günter Langen liebevoll für die russischen Gäste arrangiert hatte, unter erheblichen Sichtbehinderungen. Das Herzstück der Landespolitik, das Parlament am Rhein, war lediglich schemenhaft im Nebel zu erahnen. Der Freitag wurde den politischen Gesprächen im Landtag und in der Staatskanzlei gewidmet. Danach blieb kaum noch Zeit für die Besichtigung der Neusser Skihalle und für eine Stadtrundfahrt durch Düsseldorf, denn pünktlich wurde die Crew von Oberbürgermeister Erwin im Düsseldorfer Rathaus empfangen.

Endlich Sonnenschein am Samstag. Und gleich ist alles

in ein freundlicheres Licht getaucht. Davon profitierte die Stadt Essen, die den russischen Gästen auf einer Stadtrundfahrt vorgestellt wurde. Nach einem gemeinsamen Essen schließlich der sportliche Höhepunkt im Essener Georg-Melches-Stadion. Die Mannschaft der Duma erwies sich als harter Brocken für den FCL. Die russischen Spieler waren technisch gut, ballsicher und körperlich robust. Die FCL-Abwehr jedenfalls mit Rene Markgraf im Tor und mit Wolfgang Euteneuer, Jörg Krause, Jens Harmeier, Bernd Zinnkann geriet gehörig ins Schwitzen, auch wenn die Spielanteile relativ gleichmäßig auf beide Mannschaften verteilt waren. Mitte der ersten Halbzeit aber ging die Duma in Führung: Ein blitzsauberer Schuss von der Strafraumgrenze hoch in die lange Ecke nach zu kurzer Abwehr. Das

## Sportförderunterricht

Dass im Einschulungsalter bereits 50 Prozent der Grundschülerinnen und -schüler motorische Auffälligkeiten aufweisen, wie dies sechs CDU-Abgeordnete in einer Kleinen Anfrage an die Landesregierung behauptet haben, wird von der Schulministerin in ihrer Antwort (Drs. 13/2144) relativiert: „Statistiken zur Auswertung der Einschulungsuntersuchungen im Jahr 2000 belegen, dass motorische Auffälligkeiten, die kompensatorische Maßnahmen erfordern, bei einzuschulenden Kindern in einer Größenordnung von etwa 18 Prozent liegen“, stellt Ministerin Gabriele Behler (SPD) fest. Die CDU-Abgeordneten hatten in ihrer Anfrage darauf hingewiesen, dass „unter Berücksichtigung der Bedeutung der Motorik für die Persönlichkeitsentwicklung Interventionen dringend erforderlich seien“. In 1323 Lerngruppen sei im Schuljahr 2000/2001 an Grundschulen im Land Sportförderunterricht erteilt worden, so Behler. Die Lehrerinnen und Lehrer verfügten über die Befähigung für das Erteilen von Sportförderunterricht. Daneben könnten die Kinder auch in Förder- und Fitnessgruppen gefördert werden, die ebenfalls nur von Personen geleitet werden dürfen, die über eine entsprechende Qualifikation verfügen.

Spiel des FCL geriet in Unordnung. Manche brenzlige Situation war nun zu überstehen. Das Mittelfeld mit Jürgen Cosse, Christoph Dicke, Dirk Schüttrumpf und Norbert Stiens versuchte immer wieder, die Spitzen Günter Langen, Werner Mayer und Willi Nowack in Szene zu setzen, diese aber waren sehr gut abgeschirmt. Mit großem Engagement bekam der FCL das Spiel erst allmählich wieder in den Griff. Und das wurde mit dem Ausgleich kurz vor dem Halbzeitpfeiff belohnt. Pass Wolfgang Euteneuer auf Jürgen Cosse im Strafraum der Duma, Flanke auf Willi Nowack, der mit einem Kopfballheber den russischen Torhüter überlistete, und der laufstarke Jürgen Cosse bugsierte die Kugel über die Linie. Das gute, temporeiche Spiel setzte sich auch nach der Pause fort. Beide Teams wurden immer wieder von ihren weiblichen Fan-Gemeinden nach vorne gepeitscht. Beide Teams wollten den Sieg, beide hatten Chancen zum Siegtreffer. Dieser gelang in den Schlussminuten dem FCL nach einem sehenswerten Spielzug. Werner Mayer schickte Norbert Stiens mit einem, die russische Abwehr durchschneidenden Pass auf die Reise, dieser ließ in seiner eleganten Art und Weise zwei Russen aussteigen, zog den Ball nach innen, und das Kopfballungeheuer Willi Nowack war diesmal mit dem Fuß zur Stelle, um zu vollenden. Eine fabelhaftes Gemeinschaftswerk zum 2:1.

Abends dann der krönende Abschluss einer freundschaftlichen Begegnung zwischen der Moskauer Stadt-Duma und dem FC Landtag NRW mit einem Empfang durch den Essener Oberbürgermeister Reiniger: ein feines Abendessen, unterbrochen von zahllosen Trinksprüchen. Es herrschte eine großartige Stimmung, mit der auch das Geburtstagskind Sascha gebührend gefeiert wurde.

Beste Grüße nach Moskau und Dank an alle, die zum Gelingen des internationalen Treffens beigetragen haben.



## SPD: Ab dem Schuljahr 2003/04 mindestens 500 Ganztagsgrundschulen

Die SPD-Fraktion will, dass mit der Einführung der flächendeckenden Ganztagsgrundschule ab dem Schuljahr 2003/04 begonnen wird. Ab dann sollen schon mindestens 500 Grundschulen ein Ganztagsangebot bereithalten. Die Arbeitskreise der Fraktion bereiten jetzt einen entsprechenden Antrag vor, mit dem der Landtag erste Konsequenzen aus der PISA-Studie beschließen soll. „Unser Ziel ist es, dass im Jahr 2007 zwei von drei Grundschulen in Nordrhein-Westfalen Ganztagsgrundschulen sind“, erklärte die stellvertretende Fraktionsvorsitzende Brigitte Speth. Voraussetzung dafür sei die vom Bundeskanzler zugesagte finanzielle Unterstützung des Bundes. Bis 2007 will der Bund vier Milliarden Euro für die Ganztags-

betreuung bereitstellen. „Über allem, was Sozialdemokraten an bildungspolitischen Reformen beraten, stehen Chancengleichheit und Qualitätsentwicklung“, betonte Speth. Wissen und Bildung sei der wichtigste „Rohstoff“, mit dem Nordrhein-Westfalen seine Zukunft sichere. Deshalb sei es wichtig, die Qualität von Unterricht und Lehrerbildung als eine Grundvoraussetzung zu stärken. Die oberste Aufgabe der Schulen bestehe darin, die Stärken der Kinder und Jugendlichen zu stärken und ihre Schwächen zu beheben. Basis für den schrittweisen Aufbau der flächendeckenden Ganztagsgrundschule seien die bereits vorhandenen Angebote in Schulen,

Horten, Kindertageseinrichtungen und Jugendhilfe. „Diese Angebote haben sich nebeneinander entwickelt und ergänzen sich; wir wollen sie jetzt schrittweise unter einem Dach zusammenführen“, betonte Brigitte Speth. Das gemeinsame Dach sei für Kinder ab sechs Jahren die Schule. Die SPD-Fraktion setze dabei auf die bewährte gemeinsame Verantwortung von Land, Kommunen, freien Trägern und Eltern. Das Land werde nur den Rahmen vorgeben, in dem die Kommunen entsprechend ihrem Bedarf und den sozialräumlichen Bedingungen ein qualitativ gutes Angebot entwickeln. Speth: „Es ist sinnvoll, der einzelnen Kommune zu überlassen, in welcher Struktur sie ihr Ganztagsangebot organisiert.“

## CDU fordert größeren Abstand von Windrädern

„Vespers Windenergie-Erlass ist eine Riesenenttäuschung für Hunderttausende Menschen in Nordrhein-Westfalen, die durch immer mehr und immer größere Windräder drangsaliert werden. Ihnen wird nicht geholfen. Stattdessen setzt die rot-grüne Landesregierung weiterhin auf die rücksichtslose Expansion der Windkraft“, erklärte der umweltpolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion NRW, Hans Peter Lindlar, zum neuen Windenergie-Erlass NRW. „Herr Vesper, Frau Höhn und Herr Trittin haben mit ihren Windrädern in den letzten drei Jahren mehr Natur und Landschaft zerstört als die Industrie in 200 Jahren.“

Die rot-grüne Landesregierung bringt mit ihrer Windkraftpolitik ganze Regionen in Aufruhr und das alles für gerade einmal 0,6 Prozent der nordrhein-westfälischen Energieerzeugung, wie Umweltministerin Höhn in ihrer Pressekonferenz feststellte. Selbst Naturschutzverbände haben eingeräumt, dass die Belastungsgrenze beim Ausbau der Windkraft in NRW erreicht ist und zum Beispiel den Bau von Windkraftanlagen im Wald abgelehnt“, betonte Lindlar.

Minister Vesper habe keine Hemmungen, in seinem Erlass Hinweise des Oberverwaltungsgerichts Münster in einem Urteil zur Windkraft verfälschend darzustellen.

Während das Gericht feste Mindestabstände von 300 bis 750 Meter als eher noch zu gering bezeichne, weigere sich Vesper überhaupt, jegliche Mindestabstände festzulegen. „Das ist reine Ideologie von Herrn Vesper. Die CDU hält zum Schutz der Menschen unbeirrt an ihrer Forderung nach ausreichenden Mindestabständen (je nach Anzahl der Anlagen 600 bis 1500 Meter) fest.“

Nach Auffassung der CDU sollte es in NRW neben Einzelanlagen für die landwirtschaftliche Eigennutzung nur noch einige wenige große Windparks geben: an Orten, wo ausreichend Wind bläst und die weit genug von den Menschen weg sind.

## FDP: Polizei zu bürokratisch organisiert und schlecht ausgestattet

Zum Ergebnis der Emnid-Umfrage, die im Auftrag des Focus festgestellt hat, dass in NRW knapp die Hälfte der Bürger mit ihrer Polizei zufrieden und 62 Prozent der Bürger sich sicher fühlen, sagte der FDP-Fraktionsvize und innenpolitische Sprecher seiner Fraktion, Horst Engel: „Diese Werte haben sich vor allem Polizistinnen und Polizisten verdient, nicht Innenminister Fritz Behrens. Denn er verantwortet seit Jahren, dass seine Polizei durch eine viel zu bürokratische Polizeiorganisation behindert wird.“

Besonders Besorgnis erregend sei, so Engel, der prozentuale Anstieg der Delik-

te um 3,7 Prozent im Jahr 2001 gegenüber dem Vorjahr. Kein anderes Flächenland verzeichnet in diesem Zeitraum eine derartige Zunahme, lediglich Berlin und Hamburg liegen dort noch schlechter.

Engel: „Vor allem im Bereich Wohnungseinbruch bekommt Minister Behrens in der Emnid-Umfrage die Quittung für nicht ausreichende Anstrengungen. NRW schneidet hier im Ländervergleich am Schlechtesten ab. Kein Wunder: In NRW werden immer noch lediglich zwischen sieben bis 14 von 100 Wohnungseinbrüchen aufgeklärt. Ziel muss sein, mindestens jeden dritten bis vierten Wohnungseinbruch aufzuklären.“

Rot-Grün hat aber offensichtlich nicht die Kraft, die Haushaltsmittel so umzuschichten, dass die Polizei besser organisiert und personell und materiell dazu in die Lage versetzt wird.“

Interessant sei, dass Innenminister Behrens seiner Polizei in etlichen Bereichen weitaus schlechtere Noten gebe als die befragten Bürger. „Ein Ausdruck seines schlechten Gewissens“, mutmaßt Engel. „Und das, obwohl NRW bei den Gefährdungen/Bedrohungen durch Drogenkriminalität (Note 2,4), Autodiebstahl/Autoeinbruch (2,8), Straßenkriminalität (2,6) und Jugendkriminalität (2,7) bereits auf dem drittletzten Platz rangiert.“



## GRÜNE-Fraktion tagt in Brüssel

Auf Einladung der GRÜNEN EU-Fraktion fand am 6. und 7. Mai 2002 eine Sitzung der GRÜNEN-Landtagsfraktion in Brüssel statt. Neben dem Fraktionsvorstand nahmen Abgeordnete und wissenschaftliche MitarbeiterInnen an der Fahrt teil. Anlass war die Europa-Woche 2002 und die Intensivierung der Zusammenarbeit mit der GRÜNEN Europa-Fraktion. Zunächst traf sich die Fraktion in der EU-Generaldirektion Haushalt mit Mitgliedern des Kabinetts Schreyer zu intensiven Gesprächen zu Themen wie Energiepolitik — hier insbesondere Steinkohle — und Agrarfinanzierung. In der Landesvertretung NRW wurde mit Heide Rühle MdEP über Asylpolitik diskutiert. Später traf sich die Gruppe zu weiteren Gesprächen mit Graefe zu Baringdorf MdEP im Europäischen Parlament. Außerdem war die Kultur- und Filmpolitik in Europa Thema.

\*) Diese Mitteilungen liegen in der alleinigen Verantwortung der Fraktionen

## „In Gesprächen war politische Kultur im Landtag zu spüren“

„Spurensuche“ lautete der Titel einer von Landtagspräsident Ulrich Schmidt mit einer Rede eröffneten Ausstellung, mit der die Bischöfliche Aktion „Adveniat“ Ende April bis Anfang Mai im Landtag ihre Arbeit in Lateinamerika dokumentiert hat. Zu dieser Veranstaltung erreichte den Präsidenten folgendes Schreiben eines Pensionärs, der ehrenamtlich für katholische Verbände in den neuen Bundesländern aktiv ist. Hier die Wiedergabe des Briefs in Auszügen:

„Herzlichen Dank für Ihre engagiert vortragene, eindrucksvolle Eröffnungsrede. Es erscheint gerade heute durchaus nicht so selbstverständlich, wenn der Landtagspräsident parteiübergreifend die beachtliche Leistung aus christlicher Sicht und sozialer Verantwortung der deutschen Katholiken für Lateinamerika deutlich aufzeigt. Gerade dies bestärkt uns auch in der Auffassung, bei allen parteipolitischen Unterschieden, wie notwendig und wichtig soziales Engagement ist.

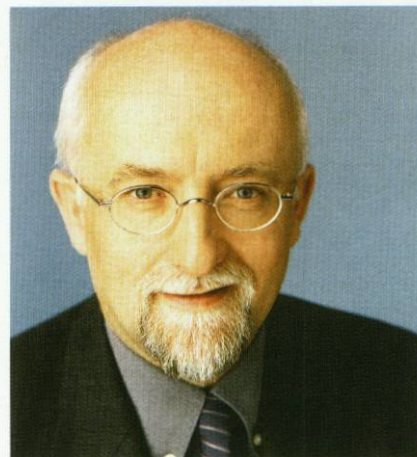
Bürgerschaftliches Engagement beginnt schon damit, seiner Pflicht mit dem Gang zur Wahlurne nachzukommen. Uns lehrt die Geschichte, dass nur eine starke, demokratische Gesellschaft die Gewähr, die verlässliche Basis dafür bieten kann, dass eine dauerhaft und erfolgreiche Arbeit wie eben die 40 eindrucksvollen Jahre von Adveniat gelingen kann.

Leider wird dies von jenen übersehen, die von Politikverdrossenheit lauthals reden, sich aber von aktiver Mitarbeit wie auch immer gezielt fernhalten. Es darf eben einen nicht entmutigen.

In Ihrer Ansprache konnten wir den gegenseitigen Respekt, die demokratische Kultur im Landtag ebenso spüren wie in den von uns geführten unterschiedlichen Einzelgesprächen — auch dafür gebührt Ihnen unser Dank.“

Hubert A. Wolff Köln

## Porträt der Woche



Bernhard von Grünberg (SPD)

Er pflegt viele internationale Kontakte — nach Osteuropa ebenso wie zu zahlreichen so genannten Entwicklungsländern und zu UNO-Organisationen: Bernhard von Grünberg. Der SPD-Landtagsabgeordnete aus Bonn sieht seine Aufgabe in der Politik, „Praktisches zu tun“, überall dort mitzuhelfen, wo Menschen in Not sind. Als „Flüchtlingskind“ 1945 in Halle/Saale geboren — sein Vater war Rektor der Universität Königsberg, prägen die Erlebnisse der ersten Nachkriegsjahre bis heute den Juristen.

Nach dem Studium der Betriebswissenschaft und Jura an den Universitäten Bochum, Genf und Bonn widmete sich der Anwalt vor allem dem damals neu eingeführten Mietrecht, hielt auch Sprechstunden für Ratsuchende ab. Sie sind inzwischen zu einer unentbehrlichen Einrichtung im Rathaus geworden. Der Beweis: Wöchentlich 30 bis 40 Mitbürger nehmen sie in Anspruch, heute insbesondere Sozialhilfeempfänger und Menschen ausländischer Herkunft. Seit 1984 ist Bernhard von Grünberg auch Geschäftsführer des Mietervereins für Bonn-Rhein-Sieg-Ahr, der inzwischen 22 000 Mitglieder zählt.

Der SPD schloss sich der Jurist 1971 an und betätigte sich kommunalpolitisch zunächst als sachkundiger Bürger. Dem Rat der Stadt Bonn gehörte der Sozialdemokrat von 1975 bis 1999 an, wo er als Sprecher seiner Fraktion im Ausschuss für Sozial- und Wohnungswesen auf Grund seiner Erfahrungen Akzente setzte. Zwischen 1984/99 war er auch Mitglied der Landschaftsversammlung Rheinland. Nach zwei vergeblichen Anläufen holte er bei der letzten Landtagswahl 2000 den Wahlkreis Bonn II erstmals für die SPD.

Die Fraktion berief den Bonner Abgeordneten in den Innen-, den Rechtsausschuss sowie in den Ausschuss für Europa- und Eine-Welt-Politik. Außerdem ist er Mitglied der Enquetekommission „Zukunft der Städte“. Im Innenausschuss richtet sich das Augenmerk des Parlamentariers auf das Ausländerrecht, auf eine bessere Rechtsstellung und eine Integration der Zuwanderer. In diesem Zusammenhang engagiert er sich auch als stellvertretender Vorsitzender der Deutschen Stiftung der UNO-Flüchtlingshilfe für die Opfer kriegerischer Auseinandersetzungen, wie jetzt in Afghanistan. Im

Rechtsausschuss widmet sich Bernhard von Grünberg insbesondere dem Strafvollzug, besucht häufig die Gefängnisse und kümmert sich um Abschiebebehäftigte.

Auch über den Europa- und Eine-Welt-Ausschuss pflegt der Abgeordnete zahlreiche internationale Kontakte und als stellvertretender Vorsitzender der Deutsch-Polnischen Gesellschaft engagiert er sich für die Osterweiterung der EU. Zu den internationalen Aktivitäten des Bonners zählt auch die Pflege der Städtepartnerschaft mit Kaliningrad. Schließlich gehört er dem Fachbereich Süd der Heinrich-Böll-Stiftung an.

Bernhard von Grünberg ist gern Abgeordneter, „weil man als Politiker ein sehr selbstbestimmtes Leben hat“. Und auch sein persönlicher Werdegang gebietet es ihm, sich nicht in vermeintliche Hierarchien einzuordnen. So gehört er jener Gruppe junger Abgeordneter in der SPD-Fraktion an, die im Mai letzten Jahres gegen deren Vorstand aufbegehrten und eine Gesamtstrategie vermissen.

Überhaupt müsse nach seiner Auffassung die Arbeit im Parlament wie in den Ausschüssen effektiver gestaltet werden. Und auch die „Streitkultur“ im Düsseldorf-Landtag sollte „mehr sachbezogen und weniger polemisch“ sein. Das würde die Stellung des Parlamentes gegenüber der sehr starken Position der Regierung aufwerten.

Bei einem solchen großen Aktionsradius wird die Freizeit des Kunstliebhabers und -sammlers klein geschrieben. Und die wenigen Stunden genießt er im Kreise von Freunden. Jochen Juretko

## Zwischenbilanz der Freiwilligenzentralen

Im Rahmen der seniorenpolitischen Rahmenkonzeption hat das Land NRW zur Unterstützung und Weiterentwicklung des bürgerschaftlichen Engagements schwerpunktmäßig ab Mitte 1999 Freiwilligenzentralen modellhaft gefördert. Da zwölf der 19 Förderungen in diesem Jahr ausliefen, hat die CDU-Abgeordnete Gabriele Kordowski nach den Erfahrungen und Perspektiven der Agenturen gefragt.

In ihrer Antwort (Drs. 13/2566) auf die Kleine Anfrage der CDU-Abgeordneten teilt Familienministerin Birgit Fischer (SPD) mit, die

Zentralen hätten in ihrer Region einen hohen Bekanntheitsgrad erreicht. Die Agenturen beschränkten sich nicht allein auf die Funktion der reinen Vermittlungsagentur; auch die Initiierung und Unterstützung von Projekten und Beratung von Organisationen und Einrichtungen stünden im Vordergrund. Es gebe noch keine gesicherten Erkenntnisse, bei welchen der Freiwilligenzentralen mit auslaufender Landesförderung das Weiterbestehen auch zukünftig gesichert sei. Fischer: „Die entsprechenden Entscheidungsprozesse auf kommunaler Ebene sind noch nicht abgeschlossen.“

### LANDTAG INTERN

Herausgeber: Der Präsident des Landtags Nordrhein-Westfalen, Ulrich Schmidt.  
Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf,  
Postfach 101143, 40002 Düsseldorf  
Redaktion: Stephanie Hajdamowicz (Chefredakteurin), Jürgen Knepper (Chef vom Dienst), Maria Mester-Grüner (Redakteurin), Fotoredaktion: Bernd Schälte, Telefon (02 11) 8 84 23 03, 8 84 23 04, 8 84 25 45 und 8 84 23 09, FAX 8 84 30 22

Redaktionsbeirat: Carina Gödecke MdL (SPD), Parlamentarische Geschäftsführerin; Heinz Hardt MdL (CDU), Parlamentarischer Geschäftsführer; Marianne Thomann-Stahl MdL (FDP), Parlamentarische Geschäftsführerin; Johannes Rimmel MdL (GRÜNE), Parlamentarischer Geschäftsführer; Hans-Peter Thelen (SPD), Pressereferent; Norbert Neß (CDU), Pressesprecher; Michael Block (FDP), Pressesprecher; Rudolf Schumacher (GRÜNE), Pressesprecher.

Nachdruck mit Quellenangabe erbeten  
Herstellung und Versand: Triltsch Druck und Verlag, Düsseldorf, Vertrieb Telefon (02 11) 3 86 36 26  
ISSN 0934-9154  
Internet-Adresse: <http://www.landtag.nrw.de/>

LANDTAG INTERN wird auf umweltschonend hergestelltem, chlorfrei gebleichtem Papier gedruckt.

## Zur Person

### Geburtstagsliste

Vom 16. Mai bis 9. Juni 2002

- 16.5. **Dr. Gerhard Papke** (FDP), 41 J.
- 20.5. **Franz-Josef Britz** (CDU), 54 J.
- 21.5. **Helga Schwarz-Schumann** (SPD), 47 J.
- 23.5. **Wolfgang Große-Brömer** (SPD), 50 J.
- 23.5. **Inge Howe** (SPD), 50 J.
- 24.5. **Theo Kruse** (CDU), 54 J.
- 25.5. **Hildegard Nießen** (SPD), 56 J.
- 25.5. **Brigitte Capune-Kitka** (FDP), 49 J.
- 25.5. **Johannes Rimmel** (GRÜNE), 40 J.
- 27.5. **Hans-Peter Milles** (SPD), 51 J.
- 28.5. **Rainer Bischoff** (SPD), 44 J.
- 30.5. **Edmund Feuster** (SPD), 48 J.
- 1.6. **Ernst-Martin Walsken** (SPD), 55 J.
- 1.6. **Hans-Willi Körfges** (SPD), 48 J.
- 1.6. **Jan Söffing** (FDP), 48 J.
- 4.6. **Christof Rasche** (FDP), 40 J.
- 5.6. **Rudolf Henke** (CDU), 48 J.
- 7.6. **Dr. Bernhard Kasperek** (SPD), 50 J.
- 9.6. **Ute Koczy** (GRÜNE), 41 J.

★

**Michael Scheffler** (SPD) aus Iserlohn ist von den Delegierten des SPD-Unterbezirks Märkischer Kreis mit überwältigender Mehrheit in seinem Amt als Unterbezirksvorsitzender wiedergewählt worden. Scheffler ist seit 1990 Vorsitzender der SPD im Märkischen Kreis. Der verkehrspolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, **Gerd Wirth**, wurde von den Delegierten in seiner Funktion als Schatzmeister bestätigt.

★

**Dr. Horst Waffenschmidt** (CDU), Landtagsabgeordneter von 1962 bis 1972, vier Jahre lang Vorsitzender des Ausschusses für Landesplanung und von 1970 bis 1972 stellvertretender Vorsitzender der CDU-Landtagsfraktion in Nordrhein-Westfalen, ist kurz vor seinem 69. Geburtstag gestorben. **Dr. Jürgen Rüttgers**, Vorsitzender der CDU-Landtagsfraktion, würdigte den langjährigen Bundestagsabgeordneten (1972 bis 1998) und Ausiedlerbeauftragten der Bundesregierung als einen Mann, der viel für die Ostvertriebenen und Russland-Deutschen getan habe. Die CDU habe in ihm einen großen Politiker verloren.

★

### Letzte Meldung:

### Anhörung zur Gewaltproblematik

Am 25. Juni findet unter der Federführung des Hauptausschusses eine Anhörung von Sachverständigen im Landtag statt. Thema des um 14 Uhr beginnenden Hearings ist „Bekämpfung von Gewalt als gesamtgesellschaftliche Herausforderung“.

★

### Landtagsandacht

Der Beauftragte der Evangelischen Kirchen bei Landtag und Landesregierung, Karl-Wolfgang Brandt, sowie der Leiter des Katholischen Büros, Dr. Karl-Heinz Vogt, laden die Abgeordneten des Landtags NRW am 6. Juni 2002 ein: 8.00 Uhr Parlamentsfrühstück im Landtagsrestaurant und 9.15 Uhr Landtagsandacht im Raum E 3 Z 03.

Raum für Aufkleber (Postvertrieb)



**Menschen in der Euregio** – unter diesem Thema standen eine Ausstellung und ein ganztägiges Symposium im Landtag. In zeitlicher Nähe des Europatags am 9. Mai (diesjähriges Motto „Europa zum Anfassn“) beschäftigten sich am 7. Mai über 400 Gäste mit der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit. Im Rahmen von Gesprächsrunden diskutierten Experten über den Kulturraum Sprache, die Schule und Ausbildung in der Grenzregion, die Arbeit von Polizei, Feuerwehr und Katastrophenschutz und erörterten die Frage „Wie geht das? Täglich über die Grenze und zurück.“ Parallel dazu informierten Vertreter der Euregios im Rahmen einer Ausstellung in der Wandelhalle des Landtags (siehe unser Bild) über die Menschen, die in der Euregio leben. In seiner Begrüßung betonte Landtagspräsident Ulrich Schmidt: „Europas Zukunft liegt in den Regionen, die eine noch aktivere Rolle beim notwendigen Modernisierungsprozess in Europa spielen müssen.“ Zwischen Zentralismus und Krähwinkelei müsse sich die neue Architektur der Europäischen Union an der Bauplanung der Euregios orientieren.

Foto: Schälte